

Zukunftswerkstatt

(überarbeitete Fassung vom 16.01.2012)

Die Zukunftswerkstatt könnte als politisches Manifest gelten, wobei die einzelnen Punkte nicht als dogmatisch anzusehen sind. Dies berechtigt natürlich nicht, diese Ausarbeitungen beliebig zu ändern, aus welchem Grund auch immer. Gegebenheiten ändern sich zwar und demzufolge müssen auch die Maßnahmen angepasst werden, aber dabei muss immer der gesunde Menschenverstand als oberstes Gebot gelten. Dieser wird getragen vom unermüdlichen Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit, Vernunft, Nächstenliebe und Toleranz, als Aspekte des aufgeklärten Menschen, der frei ist von Neid, Intoleranz, Fanatismus, Selbstsucht, Aberglaube und Lüge.

Die Zukunftswerkstatt ist somit ein dynamisches Konzept, das im Zeichen der Humanität wächst.

Übersicht:

Vorwort

Menschenrechte	Seite 3
1. Überalterung der Gesellschaft	Seite 9
2. Familie und Kinder	Seite 12
3. Im Würgegriff der Kartelle	Seite 14
4. Staatswillkür und Kriminalität	Seite 16
5. Big Brother is watching you	Seite 20
6. Steuerlast	Seite 22
7. Überfremdung, die schleichende Invasion	Seite 25
8. Der Weg in die Gleichgültigkeit	Seite 29
9. Unser täglich Brot	Seite 31
10. Genforschung	Seite 33
11. Kein Job, kein Geld	Seite 34
12. Gesundheitswesen	Seite 38
13. Der Staat	Seite 42
14. Europapolitik	Seite 44
15. Energiepolitik	Seite 47
16. Bundeswehr	Seite 49

Vorwort

Wie ist die heutige Zeit zu Beginn des neuen Jahrtausends und Jahrhunderts zu beurteilen, wie hat sich unsere gesellschaftliche Situation schon jetzt geändert und was erwartet uns? Werden wir nur noch von einer oberflächlichen, einfältigen und sensationssüchtigen „Big Brother“ Gesellschaft und einer gierigen Dollar Connection geprägt?

Wie sieht unsere Zukunft aus in Anbetracht von Terroraktionen, Fanatismus und einer wachsenden Intoleranz.

Wird es noch weitere schwarze Tage wie den 11. September 2001 in New York, den 11. März 2004 in Madrid und den 07. Juli 2005 in London geben? Wer oder was veranlaßt Menschen, so zu handeln, wer schürt so viel Haß?

Was muss getan werden für eine gewaltfreie Zukunft ohne Armut, für eine Zukunft in Freiheit, Toleranz und Brüderlichkeit?

Es muss verhindert werden, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander schert. Oder wollen wir Zustände heraufbeschwören wie an den Stränden Portugals, wo 500 Jugendliche Urlauber ausraubten? Sicher ist, dass wir uns von althergebrachten Gedankenmustern trennen, von Zwängen lösen müssen. Neue oder möglicherweise auch alte Wege sind gefragt wobei jeder in die Pflicht genommen werden muss. Fest steht, dass wir nicht lange zaudern können, angesichts der dramatischen Verschlechterungen in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und unserem Wertedenken. Aber dazu müssen wir offen und ehrlich unsere Meinung sagen dürfen, ohne dass sofort ein Spießrutenlauf droht, nur weil man Dinge anspricht, die unbequem sind.

Achtung der Menschenrechte

Höchstes Gebot einer Zukunftswerkstatt muss die Achtung der Menschenrechte sein. Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR)“, am 10. Dezember 1948 durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommen, muss auch in Zukunft zwingend Beachtung finden.

PRÄAMBEL

Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen, und da verkündet worden ist, daß einer Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, das höchste Streben des Menschen gilt,

da es notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen,

da es notwendig ist, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern,

da die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern,

da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken,

da ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist, verkündet die Generalversammlung

diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

Artikel I

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2

Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Artikel 3

Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 4

Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten.

Artikel 5

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 6

Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

Artikel 7

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

Artikel 8

Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.

Artikel 9

Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

Artikel 10

Jeder hat bei der Feststellung seiner Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht.

Artikel 11

1. Jeder, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.

2. Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine schwerere Strafe als die zum Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden.

Artikel 12

Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 13

1. Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.

2. Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Artikel 14

1. Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

2. Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.

Artikel 15

1. Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.

2. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Artikel 16

1. Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne jede Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.

2. Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden.

3. Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Artikel 17

1. Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben.

2. Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 18

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.

Artikel 19

Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Artikel 20

1. Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen.

2. Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

Artikel 21

1. Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.

2. Jeder hat das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande.

3. Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muß durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

Artikel 22

Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter

Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuß der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Artikel 23

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.
2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.
4. Jeder hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 24

Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.

Artikel 25

1. Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.
2. Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Artikel 26

1. Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muß allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen.
2. Die Bildung muß auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muß zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.
3. Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Artikel 27

1. Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.

2. Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Artikel 28

Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Artikel 29

1. Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.

2. Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

3. Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Artikel 30

Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.

I. Kapitel: Überalterung der Gesellschaft

Situation im Jahr 2050.

Ohne Krieg, ohne gravierende Veränderung in der Geburtenrate und ohne Zuwanderung würde bis ins Jahr 2050 die Bevölkerung Deutschlands um 23 Millionen Menschen zurückgehen, die Hälfte der Deutschen wäre über 51 Jahre (heute 40 Jahre) alt, die Zahl der Jugendlichen nähme von jetzt 17,7 bis auf unter zehn Millionen ab. Die Zahl der über 80-Jährigen verdreifacht sich. Dadurch wachsen die Kosten für Altenpflege und Krankenkassen immens, müssen aber von immer weniger Menschen aufgebracht werden. Deutschland wird zwangsläufig ein Einwanderungsland, die Kulturen werden sich vermischen. Es darf auch nicht vergessen werden, dass die Wählermehrheit im Jahr 2050 auf der Seite der Rentner liegen wird und nicht auf der Seite der Arbeiter. Auch wird sich der Einzelhandel auf ein neues Konsumverhalten einstellen müssen, da dies auf die Bedürfnisse der Alten ausgelegt sein wird. Was wir benötigen, um eine intakte Gesellschaft aufrecht zu erhalten und den älteren Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, sind Kinder. Wenn aber Deutschland in der EU wie im Jahr 2008 mit der geringsten Geburtenrate aufwartet, wird dieses Ziel wohl nicht erreicht werden, zumal eine Kultur zur ihrer Selbsterhaltung 2,1 Kinder pro Familie durchschnittlich benötigt.

Abgeschoben

Wie sieht es in der „zivilisierten“ Ersten Welt mit den Alten aus? Es kann doch nicht sein, dass man die Alten einfach abschiebt. Der Kampf ums finanzielle Überleben duldet keinen Freiraum für alte hilfebedürftige Menschen. Was für ein menschenunwürdiges Leben ist es, im Altersheim dahinzuvegetieren, ohne Ansprache, einem weitgehend gleichgültigen Personal ausgeliefert?

Horrende Summen werden bezahlt für ein Wohnklo, wo pflegebedürftige Menschen tagelang in ihrem eigenen Kot liegen, weil sich keiner erbarmt und der Mensch als Objekt nur zum Geldgeben gut ist. Wenn er verstirbt, wartet schon der nächste. Was interessiert noch der Einzelne? Menschen, Patienten werden nach Nummern behandelt, egal ob eine 86-jährige Frau mit schwerer Kolik ins Krankenhaus gebracht wird, sie muss warten bis sie dran ist, Schmerzen hin oder her.

01.10.03 Bayern 5 aktuell 11:10 Uhr. Hausdurchsuchung und drei Haftbefehle gegen das Pflegeheim St. Antonius in Ruhstorf und ihre 52-jährige Leiterin. Die Pflegebedürftigen wurden vernachlässigt und waren dehydriert. Sie wurden sofort in Krankenhäuser verlegt. Von acht Pflegebedürftigen habe sie Geld veruntreut, Konten abgeräumt und die Gelder verschoben. Auch an ihren Lebensgefährten erging ein Haftbefehl ebenso an ihren Sohn. Kein Einzelfall in Deutschland.

Warum sind die Altenheime so teuer? Dienen sie den Alten oder der eigenen Bereicherung der Betreiber? Denn für den gleichen Monatsbeitrag könnte man sich auf einem Luxusschiff einmieten, allerdings „all inclusive“.

Altersstarrsinn

Ein nicht unerhebliches Problem stellt aufgrund der Isolierung der Alten deren wachsende Introvertiertheit dar. Der so genannte Altersstarrsinn wird zu Entscheidungen führen, die den Überblick und die Einsicht vermissen lassen. Auch wenn dies keinesfalls als generell

anzusehen ist, so ist doch bei über 50 % der über 70 Jährigen eine gewisse Unflexibilität festzustellen, die aber auf eine mangelnde Einbeziehung in die Gesellschaft mit ihren Problemen zurückzuführen ist. Für die Probleme der Jugendlichen und deren schlechten Arbeitsaussichten werden sie kaum noch Verständnis aufbringen. Schon gar nicht die kinderlosen Rentner. Wenn die Masse der Wähler aus Alten besteht, kann dies zu fatalen Folgen in der politischen Welt unseres Landes führen.

Mitverantwortung

Wenn man die gegenwärtige Lage Deutschlands kritisch beurteilt, fragt man sich, wer an dieser Entwicklung schuld ist? Sind es nicht auch gerade die Älteren, die nach dem Jahr 2000 in den Ruhestand gegangen sind, waren nicht sie es, die aus vollen Händen gelebt haben, keine Abstriche machen wollten und nicht an zukünftige Generationen dachten. Sind nicht sie es, die ihren Kindern, wenn überhaupt vorhanden, zu wenig Verantwortung und Pflichtbewusstsein beibrachten?

Was sind wir denen, die maßgeblich an der Schiefelage Deutschland beteiligt sind, schuldig? Wer wollte nicht verzichten, auf Urlaub, Luxus, Arbeitslosen- und Krankengeld? Wer nutzte Krankenkassen und Versicherungen aus, wer wollte immer weniger arbeiten für immer mehr Lohn? Wer machte sich ein schönes Leben auf Kosten anderer? Wer schaute, nur schnell beamtet und unkündbar zu werden, um dann den Tag in Ruhe begehen zu können? Auch kann man ihnen nicht zu Gute halten, sie hätten Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut, das waren die Generationen davor. Die Neu-Rentner haben nur dabei geholfen, Deutschland abzubauen. Sie haben mit dazu beigetragen, dass die Aktienblase entstand und der folgende Börsencrash.

Viele Menschen wollen ihre schöne Freizeit nicht mit quengelnden Kindern verbringen, sondern lieber das süße Leben kosten. Doch im Rentenalter verlangen sie von den Jungen versorgt zu werden. Wer in seinem Leben zu wenig Verantwortung zeigte und nicht an morgen dachte, der läuft Gefahr im Ruhestand allein und ungeliebt zu sein.

Lösungsvorschläge zu Kapitel I.:

I.1. Kündigung des Generationsvertrages zu Gunsten einer privaten Alterspflichtversorgung.

I.2. Einwanderungsmöglichkeiten forcieren aber unter besonderen Bedingungen. Eine Prüfung anhand eines Fragebogens ist nicht nur unwürdig und erfasst nicht die wahre Motivation des Immigranten, zumal gerade solche Tests nur unsere typisch deutsche Zwanghaftigkeit unterstreichen. Gerade Kriminelle werden so gut geschult, dass diese sicherlich den Test bestehen, während einfache Menschen, die ehrlich arbeiten und endlich in Ruhe und Sicherheit leben wollen diesen Eignungstest eher nicht bestehen. Es trifft also genau die Falschen.

I.3. Es bedarf neuer Konzepte, wie Alt und Jung menschlich und harmonisch miteinander wohnen können. Wo die, die nicht mehr so können, mitversorgt und als achtbare Menschen behandelt werden. Dynamische Gemeinschaften, wo jeder seinen Platz und seine Bestimmung innehat. Nach dem Prinzip Integration und nicht Ausschluss aus der Gesellschaft. Schaffung von Freizeitattraktionen für Jung und Alt. Bildung von Lebensgemeinschaften in Form von Wohnungsbauten, die anteilmäßig an junge und alte

Leute vermietet werden. Für derartige Wohngemeinschaften muss es eine Senkung der Sozialabgaben als Bonus geben.

I.4. Ältere Menschen müssen sinnvoll beschäftigt werden, sie benötigen eine Aufgabe. Dies kann einerseits die Arbeit sein, wo der Ältere das Gefühl hat, er wird noch gebraucht.

I.5. Konstruktive Gespräche zwischen den Generationen, um gemeinsame Lösungen zu finden.

I.6. Einen Ausweg suchen aus dem Dilemma der Altenheime. Dafür zukunftsweisende Wohngemeinschaften für ältere Menschen entwickeln. Hierbei sollten die Älteren nicht isoliert werden, sondern in Gemeinschaft mit den Jungen leben. Südliche Länder machen uns das vor. Dort hat jeder seine Aufgabe, bis ins hohe Alter.

2. Kapitel: Familie und Kinder

Familie ist out, wie es scheint, denn erstens ist nahezu jeder zweite Haushalt ein Singl-Haushalt und zweitens wird jede zweite Ehe geschieden. In vielen Bereichen kann man spüren, wie familienfeindlich Deutschland geworden ist. Viele ältere Menschen bringen null Toleranz für Kinder und Jugendliche auf, obwohl es doch diese sind, die eines Tages die Renten zahlen werden. Aber gerade eine intakte Familie ist es, die den einzelnen Familienmitgliedern Sicherheit und Geborgenheit geben. Keiner will mehr Kompromisse eingehen, sondern jeder denkt nur noch an sich. Rechte möchte man in Anspruch nehmen, aber Pflichten eingehen ist uncool. Lieber leben, ohne große Verantwortung und Einschränkungen. Außerdem wird die Hausfrau nicht entsprechend für ihre stumpfsinnige Arbeit entlohnt. Sie ist vom Ehemann abhängig und traut sich bei häuslicher Gewalt nicht scheiden zu lassen, weil sie nicht weiß wohin sie gehen soll. Vor allem fehlen ihr die Mittel dieses Wagnis zu unternehmen. Wir brauchen aber Kinder, denn Kinder sind unserer Zukunft.

Lösungsvorschläge zu Kapitel 2.

2.1. Familien mit Kindern müssen unterstützt werden.

2.2. Bonusmalssystem für Familien mit und ohne Kinder, wie mehr Kindergeld, größere zinsfreie Darlehen für Familien mit Kindern. Einmalige Zuwendung pro Kind mit deutscher Staatsbürgerschaft in Höhe von 6.000 €, wobei die Hälfte als Sparvertrag für das Kind auf 18 Jahre fest angelegt werden muss. Kinderlose Familien müssen Sonderabgaben entrichten. Dies ist keine besondere Härte für diejenigen, die keine Kinder bekommen können, denn eine Adoption ist immer möglich. Es können eben nur die belohnt werden, die Kinder in die Welt setzen, um unsere Zukunft zu sichern. Hier Rücksicht auf diejenigen zu nehmen, die keine Kinder bekommen können, wäre falsch und diene damit nicht der Sicherheit unserer Zukunft.

2.3. Ein soziales Jahr für Jungen und Mädchen einführen, damit diese mit den Problemen der Gesellschaft hautnah konfrontiert werden. Dazu gehören Altenheime, Frauenhäuser, Obdachlosenheime, Sozialstätten, Alkoholiker Kliniken u. a. Dadurch wird ein besseres Verständnis für die ältere Generation gewonnen und der Jugendliche sieht, was auf ihn selbst zukommt.

2.4. Die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender müssten verpflichtet werden für Kinder tagsüber ein entsprechendes Alternativprogramm zu den privaten TV-Kanälen zu senden. Und das besonders in der Ferienzeit. Es ist vom erzieherischen Standpunkt aus bedenklich, wenn Kinder den ganzen Tag mit brutalen und lieblosen Zeichentrickfilmen überschüttet werden. Hier könnte eine Ethikkommission eine Zertifizierung bevorzugter Filme und Beiträge vornehmen. Neben Comics von Walt Disney, die meistens sehr lehrreich und gewaltfrei sind, gehören sicherlich Serien wie Biene Maja, Panda aber auch Tierfilme, Kinderabenteuer, Kinderkrimis und Bildungsfilme dazu. Hier wäre ein neues Potential an guten Kinderfilmen gefragt. So könnten die öffentlich-rechtlichen Sender ihrer Aufgabe als Bildungsstätte dort nachkommen, wo es besonders Not tut, nämlich bei der Kindererziehung.

2.5. Für jedes Kind muss ein Kindergartenplatz geschaffen werden. Solange dies nicht erreicht ist, müssen Kinder von Alleinerziehenden vorrangig behandelt werden. Der Kindergartenplatz muss kostenlos angeboten werden.

2.6. Es soll mehr auf die häusliche Erziehung geachtet werden, damit man den Kindern mehr Nestwärme angedeihen lassen kann. Gerade in der falschen Erziehung liegen die Probleme von morgen. Heute leben wir allerdings schon so paradox, dass derjenige angezeigt wird, der seinem Kind einen Klaps auf den Hintern oder ein Ohrfeige gibt. Dabei ist eine leichte, ich betone leichte körperliche Züchtigung für Psyche und geistige Entwicklung weitaus unschädlicher als Liebesentzug und Missachtung. Jeder von uns, der als Kind einmal eins hinter die Ohren bekommen hat, lacht heute darüber, weil es meistens gerechtfertigt war. Hingegen litt jeder darunter, wenn die Eltern tagelang nicht mit einem gesprochen haben. Selbstverständlich ist es hier schwer eine Grenze zu ziehen, aber anscheinend kennen wir nur das eine oder andere Extrem, ein vernünftiges Mittelmaß ist dem Deutschen wohl fremd. Kinder fordern es doch gerade heraus, um ihre Grenzen abzustecken, wie weit sie gehen können. Mit „bitte, mein lieber Junge, lass das doch, so was macht man doch nicht“ ist es nicht getan. Oder haben wir es mit einem Erwachsenen zu tun, der bereits in der Lage ist, vernünftig zu unter- und entscheiden. Wohl kaum, wenn das nicht einmal alle Eltern schaffen.

Wenn wir uns nach langen Jahren zu einem Klassentreffen wieder begegnen, können wir uns köstlich darüber amüsieren, wie uns damals ein Lehrer mit dem großen Holzlineal züchtigte. Er holte den Übeltäter nach vorne, befahl ihm, sich zur Tafel hin zu bücken und brannte ihm eins über seinen Allerwertesten. Der Geschlagene schrie natürlich leicht auf, aber nicht vor Schmerz, sondern weil es einfach dazu gehörte, während die ganze Klasse sich ein Grinsen verkniff. Es fand sich dabei auch niemand in Seiner Würde oder Ehre gekränkt. Natürlich gibt es da ganz andere Fälle in Heimen, wo es keinem mehr zum Lachen zumute war. Im Buch „Schläge im Namen des Herrn“ stehen dazu erschreckende Beispiele. Es ist eben der gesunde Mittelweg, der zum Erfolg führt. Wir neigen aber schnell zum Extremen. Und jeder, der sich dazu wie ich äußert, wird gleich verdächtig und in eine Schublade verfrachtet, die ihn für häusliche Gewalt gefährdet erscheinen lässt. Andererseits werden, diejenigen, die sich wirklich an ihrer Familie gewalttätig vergangen haben durch psychiatrische Gutachten wegen ihrer schweren Kindheit entschuldigt. Die Psychiatrien sind voll von Tätern und Opfern wobei der eigentliche Täter mit Samthandschuhen angefasst wird. Die Strafen für Kindesmissbrauch und tatsächliche häusliche Gewalt sind viel zu gering.

2.7. Finanzielle Unterstützung der Hausfrau durch den Staat. Außerdem sollte der Hausfrau vom Nettoeinkommen des Mannes (oder auch umgekehrt) ein Mindestbeitrag zustehen. Dadurch entfallen eventuelle Gnadendienste oder Erpressungsversuche durch den Verdienener. Die Hausfrau ist automatisch rentenversichert. Die Beiträge hierfür leistet der Staat, der damit die Aufgaben der Hausfrau würdigt. Ist die Hausfrau gleichzeitig Mutter, so steigen die stattlichen Zuschüsse. Hausfrau sein gilt als Arbeit und muss dementsprechend als Leistung entlohnt werden und das steuerfrei, um die Familienstruktur zu erhalten.

2.8. Keine Studiengebühren für das Grund- bzw. Erststudium

2.9. Lernmittelfreiheit an allen Schulen

2.10. Jedes Kind soll BAföG bekommen, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

2.11. Gleichgeschlechtliche Eltern sollen Kinder adoptieren dürfen.

3. Kapitel: Im Würgegriff der Kartelle

Fusion ist das Machtwort der Gegenwart

Die Macht der Medienkonzerne bringt mit ihrer Globalisierung und Technisierung einen im ersten Moment als vorteilhaft erscheinenden Informationsfluss. Das Problem, welches sich aber daraus ergibt, ist die mangelhafte Möglichkeit der Filterung von Wahrheit und bewusster Fehlinformation. Mit dem steigenden Medienangebot erhöht sich auch die Gefahr der Manipulation der Berichte.

Dies war zwar schon immer so, aber heute glaubt man, dass durch die vielfältigen Informationsquellen diese Verfälschungsgefahr stark reduziert sei und unterliegt damit einem Trugschluss. Wo man früher ein Fragezeichen anhängte, wird dies heute als bare Münze genommen. Der Medienmarkt wird von nur 10 Großunternehmen kontrolliert (2012 wohl noch weniger), wodurch die Gefahr der Meinungsmanipulation auf der Hand liegt. Sie bestimmen die Grundregeln für den globalen Wettbewerb um die Kontrolle über Kommunikationsmittel und kulturelle Ressourcen.

In Italien werden die wichtigsten Fernsehsender von nur einer Person kontrolliert, vom ehemaligen Ministerpräsidenten Berlusconi. Mehr oder weniger unverfälschte Informationen können sich die Italiener trotz der landesweit 500 Fernsehsender nur in vereinzelt Zeitungen holen.

In anderen Ländern ist es nicht ganz so auffällig, hier sind es Medien- Tycoone oder parteinahe Konzerne, die die Weichen stellen, über Aufstieg oder Untergang einer Person oder Firma entscheiden. Nichts scheint den Medien mehr heilig, inszenierte Schlagzeilen um jeden Preis, eine Privat- und Intimsphäre gibt es nicht mehr. Vom Grünen Tisch folgt man dem Mainstream erbarmungslos. Was ausgeschlachtet werden kann, um die Kassen zu füllen, wird vergewaltigt.

Konzerne wachsen zu Machtgiganten und bestimmen unser Leben, sie entscheiden, was wir brauchen, was gut für uns ist. Wenn wir nicht aufpassen, ist der Zug für uns abgefahren und wir werden zu reinen Marionetten der Großmagnaten. Man fragt sich was die Kartellbehörden bei den Treibstoffpreisen ausrichten. Alle regionalen Tankstellen bieten zu nahezu gleichen Preisen an, wenn das keine Absprache ist, frage ich mich, was Absprache dann ist.

Vernetzung total

So heißt der Slogan, nicht nur im Internet, sondern auch bei Strom, Wasser, Abfallwirtschaft u. a. Je vernetzter, desto abhängiger. So kann der lückenlose Anschluß an die zentrale Wasserversorgung zur Gefahr von Terroranschlägen oder Verseuchungen werden - die Erpressbarkeit steigt. Sämlinge, Pflanzen und Geflügel werden so genmanipuliert, dass eine eigene Vermehrung nicht mehr möglich ist. Der Konsument wird dadurch immer weiter in die Abhängigkeit von Zuchtsyndikaten getrieben und ist den Vorgaben der Wirtschaftszweige hilflos ausgeliefert.

Lösungsvorschläge zu Kapitel 3:

- 3.1. Mehr Unabhängigkeit schaffen von so genannten Annehmlichkeiten der Zivilisation, wie Strom, zentraler Wasserversorgung und gnadenloser Automatisierung.
- 3.2. Liberalisierung der Märkte.
- 3.3. Keine Patentrechte auf Produkte der Natur, wie es Monsanto und andere Großkonzerne versuchen und teilweise schon haben.
- 3.4. Weniger Massenmedien konsumieren (z.B. Bild-Zeitung, Regenbogenpresse)
- 3.5. Erhalt alter Sorten von Getreide, Kräuter, Obst und Gemüse sowie von Nutztierassen.
- 3.6. Öffentlich-Rechtliche Sender erhalten und fördern. Aber auch deren Objektivität besser kontrollieren.
- 3.7. Medien sind wichtig, aber sie dürfen nicht allmächtig werden und über Verderb oder Gedeih entscheiden, einfach nur aufgrund ihres Willens, ihrer Parteizugehörigkeit oder schlicht ihrer Gesinnung.
- 3.8. Erhöhung des Selbstversorgungsgrades, indem die regionale Landwirtschaft gefördert wird.
- 3.9. Stärkere aber vernünftige Förderung von Solaranlagen, Blockheizkraftwerken, Windkraftanlagen, Erdwärmetauschern, Biogasanlagen und nachwachsender Rohstoffe.

4. Kapitel: Staatswillkür und Kriminalität

Schon im Vorfeld werden Andersdenkende erkannt und speziell überwacht, alles als präventive Verbrechensbekämpfung deklariert. Sie werden durch Presse oder geldverschlingende Gerichtsverfahren einfach kaltgestellt. Wer kein Geld besitzt, kann kein Recht erstreiten, geschweige denn Gerechtigkeit erlangen. Opfer werden zu Tätern und Täter zu Opfern, denen man in erster Linie zu helfen gedenkt. Doch wer hilft den wirklichen Opfern? Viele bedürfen des Schutzes, können sich aber keinen Anwalt leisten. Jeder weiß, dass ein guter Rechtsanwalt ein wesentlich höheres Honorar verlangt, als es eine Rechtsschutzversicherung bereit ist zu zahlen.

Die Fragwürdigkeit von Urteilen

So der Fall der Disco-Schläger in Aicha vorm Wald, das mit vier Freisprüchen und einem Bewährungsurteil zu eineinhalb Jahren für den Haupttäter Ruslan G, der den tödlichen Faustschlag versetzte, endete. Weil die Bundeswehrsoldaten betrunken waren und man angeblich nicht nachweisen konnte, dass der Jugendliche wirklich unter den Tritten eines Soldaten starb, obwohl man Stiefelabdrücke auf der Haut nachweisen konnte, wurden sie freigesprochen. Das Landgericht sah keinen Vorsatz, sondern nur eine Verkettung unglücklicher Umstände. Die Hämatome auf der Brust des getöteten Matthias N. können genauso von dem Defibrillator zur Wiederbelebung stammen und nicht von den Fußtritten. Das Dumme nur, es wurde kein Defibrillator benutzt, was man aber nicht beachtete. Auch stand das Urteil bereits einen Tag zuvor in der Presse, weil die Gerichtsjournalistin mit dem Richter leiert war. Auch wenn es deswegen eine Rüge für den Richter von der Kammer gab, das Urteil blieb und die Hinterbliebenen des Opfers mussten auch noch die Gerichtskosten in Höhe von 20.000 Euro zahlen.

Oder nehmen wir den Justizirrtum von Monika de Montgazon, die von September 2003 bis März 2006 unschuldig im Gefängnis gegessen hatte, wegen Mordes an ihrem Vater, Brandstiftung und Versicherungsbetrugs.

Um ihre Unschuld zu beweisen, musste sie selbst ein Gutachten in Auftrag geben. Obwohl die Brandgutachten des Landeskriminalamts, die zum Beweis der Brandstiftung mit Spiritus dienten, Schwächen aufwiesen, verurteilte die Kammer unter dem Vorsitz von Richter Peter Faust im Januar 2005 die Angeklagte zu lebenslanger Haft.

Hingegen beweisen die von Monika de Montgazon beauftragten Gutachter sowie eine Expertin des Bundeskriminalamts, dass das LKA-Gutachten auf fehlerhaften Annahmen beruhte. Nicht Spiritus hatte den Brand ausgelöst, sondern wahrscheinlich eine Zigarette des Vaters, der Kettenraucher gewesen sein soll.

De Montgazon wird daraufhin freigesprochen. Doch die Kosten für das Gutachten soll die ehemalige Arzthelferin zum Teil selbst zahlen. Mehr als 5000 Euro der teilweise erstatteten Auslagen muss sie an die Staatskasse zurückzahlen, weil die Gutachter angeblich zu teuer waren. Insgesamt muss sie ca. 32.000 Euro bezahlen, zuzüglich weiterer Kosten für den Rechtsstreit. Für die Haft erhält Monika de Montgazon eine Entschädigung von gerade einmal 9779 Euro. Das entspricht elf Euro pro Tag, der damals gültige Satz.

Ist das Gerechtigkeit? Unschuldig in den Knast und noch dafür zahlen?

Wie viel ist ein Leben in Freiheit wert? 20 DM pro Tag. Im Juli 2001 musste die Bayerische Justiz zugestehen, einen angeblichen Bankräuber zu Unrecht ins Gefängnis gesteckt zu haben. Die satte Entschädigung für die 5 verlorenen Jahre, für das Leiden hinter Gittern, die seelischen Qualen, betragen 20 DM pro Tag.

Richter zur Verantwortung ziehen

Warum gibt es nicht auch bei Richtern und Staatsanwälten eine Regelung für Kunstfehler wie bei den Ärzten? Dürfen Staatsanwälte und Richter alles? Wenn sie sich geirrt haben, was soll's, kann ja mal passieren. Ein Professor an der juristischen Fakultät in Passau behauptete, dass ca. 30 Prozent aller Urteile Fehlurteile seien. Na dann Prost Mahlzeit.

Genau dies ist mit ein Grund, warum wir nie die Todesstrafe zulassen dürfen.

Wir benötigen Richter mit mehr Verantwortungsbewußtsein und mehr Sinn für Gerechtigkeit, denn Gesetze und Urteile haben nur bedingt etwas mit Gerechtigkeit zu tun.

Organisationen, Parteien und Verbände vertuschen wahre Sachverhalte. Ob es die Gewerkschaften, die Berufs- oder Zweckverbände sind, alle schauen nur nach ihrem Geld, man ist ihnen völlig ausgeliefert und wirklich helfen tun sie nur sich und den Lobbyisten.

Der Mensch ist nicht mehr Mensch, sondern zählt nur noch als Konsument. Konsum als Ersatz für Zuwendung und Verständnis. Ob es Chinesen, Bill Gates und Co, Öl-Multies oder Banker sind, wir verschlafen den Anschluß, ehe wir es merken. Wenn wir verträumt aufwachen sind die Karten bereits verteilt.

Nicht ohne Grund wurden einst die Cosa Nostra, die Camorra oder die Mafia gegründet, zum Schutze der ärmeren Minderheiten, die sich sonst nicht zu wehren vermochten. Im Grunde eine gute Idee, doch was daraus wurde, haben wir gesehen und sehen es noch heute wo im Jahr 2006 allein in Neapel über 130 Personen ermordet wurden.

Verflechtungen von Wirtschaft, Staat und Mafia

Wir sind mit unserem täglichen Stress vollauf beschäftigt und haben nur wenig Zeit, uns um andere wichtige Dinge zu kümmern. Wir überlassen alles den Politikern, den Handlangern der Großindustrie oder anderen Interessenverbänden, was man modern und schick „Outsourcing“ nennt. Keiner kümmert sich wirklich um Gerechtigkeit und die Zukunft des Einzelnen. Staatsmänner gibt es nicht mehr. Hinzu kommen internationale Verflechtungen zwischen Geheimdiensten, Mafia, Kirche und Staat.

So ist der einzige Platz, wo man noch Geld ohne behördlichen Zugriff bunkern kann der Berg Athos, wo Mönche zu Finanzdienstleistern mutierten und das im großen Stil. Die Reichen der Welt gehen dort ein und aus.

Um Statussymbole und Macht zu erreichen, ist vielen jedes Mittel recht. Laut dem ermordeten italienischen Richter und Mafiajäger Falcone (†23.5.1992) zeichnet sich am Horizont ein Zusammenschluß der kriminellen Organisationen der Welt ab, der Cosa Nostra aus Sizilien und den USA, der Camorra aus Neapel, der 'Ndrangheta aus Kalabrien, der Yakusa aus Japan, den Triaden aus China sowie der Russenmafia. Der Einfluß dieser kriminellen Vereinigungen wird zusehends stärker, ob es der Drogen- oder Zigarettenhandel ist, der Antiquitätenmarkt oder die Schutzgelderpressungen, ganz zu schweigen vom Mädchenhandel und der Prostitution. Ihre Verflechtungen reichen bis weit in Politik und Wirtschaft

In den 1990er Jahren wurde der größte Ikonenhändler Deutschlands von der Russenmafia liquidiert. Ähnlich erging es einem weiteren Antiquitätenhändler. Ein Bekannter von mir, der ebenfalls mit Antiquitäten zu tun hatte und beide Ermordete kannte, mußte seine Heimatstadt verlassen, weil die Behörden keinen Schutz garantieren konnten. Die Schutzgelderpressung durch Russen gilt zwar noch hauptsächlich ihren russischen Landsleuten, doch es ist nur eine Frage der Zeit bis sich deren Aktivitäten auf unsere

Bevölkerung erweitern. Wir müssen nur schwach genug sein. Wer Geld besitzt und im Rampenlicht steht, unterliegt der vorrangigen Beachtung mafiöser Banden. Der Staat erscheint dagegen machtlos zu sein, wie im Fall des in Bremen agierenden libanesischen Familienclans Miri, deren 2.000 Mitglieder zu 85 Prozent strafrechtlich erfasst sind, aber fast ausnahmslos Hartz IV empfangen, trotz großer Luxuslimousinen.

Lösungsvorschläge zu Kapitel 4:

- 4.1. Richter und Staatsanwälte müssen für grobe Fahrlässigkeit und eindeutige Fehler haftbar gemacht werden können.
- 4.2. Ein Richter muss vor Amtseinsetzung eine mehrjährige Praxisausbildung in einer Kanzlei oder als Staatsanwalt vorweisen. Um Richter zu werden muss der Aspirant ein Alter von mindestens 30 Jahren haben, denn es heißt in Urteilsprüchen öfters „aufgrund der Lebenserfahrung“. Doch was für eine Lebenserfahrung hat schon ein junger Mensch. Nicht ohne Grund wurden früher in den Senat nur Personen von einem Mindestalter von 60 Jahren zugelassen.
- 4.3. Fachausbildung für Richter und Staatsanwälte, in deren Rechtsbereich sie tätig werden wollen.
- 4.4. Härtere Vorgehensweise gegen die Verbreitung von Unwahrheiten (üble Nachrede, falsche Anschuldigung).
- 4.5. Vorsicht vor Volksverführern, wie Demagogen, Polemikern, Dogmatikern, Fanatikern und vor der Intoleranz. Von all diesen nehme man Abstand.
- 4.6. Um die Kriminalität einzudämmen bedarf es eines Mindestlohnes, geringere Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose, mehr Zivilcourage..
- 4.7. Härtere Strafen für Gewaltverbrechen.
- 4.8. Senkung der Strafmündigkeitsgrenze.
- 4.9. Die Androhung von Gewalt muss geahndet werden. Es kann nicht zugelassen werden, dass erst gewartet wird, bis wirklich etwas Schlimmes, beziehungsweise Gesetzeswidriges geschieht. Dann ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen.
- 4.10. Kriminalitätsprävention ist gefragt. Es ist immer besser Ursachen im Keim zu ersticken, als erst nach geschehenem Verbrechen einzuschreiten. Das ist das gleiche Fehlverhalten wie bei den Ärzten, die nur kurativ behandeln, als präventiv und kausal.
- 4.11. Das Strafrecht muss überarbeitet werden. Wobei es höhere Strafen für Gewaltverbrechen geben muss. Wer z.B. im Straßenverkehr durch eine Übertretung der Straßenverkehrsordnung einen Menschen tötet, muss wegen Totschlags vor Gericht kommen und nicht als Bagatelldelikt behandelt werden mit Geldbuße und Entzug der Fahrerlaubnis. Was macht den Unterschied, ob jemand bei einer Schlägerei oder bei einer Verkehrsübertretung getötet wird? Keinen. Hingegen wird der des Totschlags beschuldigt, der angegriffen wird, sich daraufhin wehrt und dabei den Angreifer tötet. Wie oft werden Kinder oder Jugendliche auf der Straße von

Roadies oder Banden ohne Grund angegriffen. Wehrt sich der Angegriffene und tötet dabei einen Angreifer wird er zumindest des Totschlags beschuldigt, auch wenn er in Notwehr gehandelt hat, was ja erst bewiesen werden muss. Wenn aber die Angreifer das Opfer mit Messerstichen schwer verletzen, bekommen diese meist nur eine Bewährungsstrafe. In vielen Fällen werden bei Körperverletzung sogar die Verfahren eingestellt, weil die Bande ja aus mehreren Personen und somit aus mehreren Zeugen besteht. Schnell wird der Angegriffene zum Täter, der den Streit verursacht hat.

Nur selten wird mit der entsprechenden Härte durchgegriffen. Wie heißt es so schön im Gesetz, es kommt auf die Verhältnismäßigkeit an. Was ist mit der Verhältnismäßigkeit, wenn fünf oder mehr Personen einen Einzelnen zusammenschlagen oder gar töten?

5. Kapitel: Big Brother is watching you

Kriminalitätsprävention.

Dies ist die Argumentation für die Überwachungsmaßnahmen des Individuums, die immer perfekter werden, es gibt kein Entrinnen mehr in die Anonymität, Privatsphäre ist „out“. Wer den Roman von George Orwell „1984“ gelesen hat, wird mir zustimmen, dass wir diese erschreckenden Zustände nahezu erreicht haben. Nach dem 11. September 2001 und dem 11. März 2004 nun sicherlich noch mehr. Maulwürfe schleichen sich überall ein, um Andersdenkende zu bespitzeln. Wem kann man noch vertrauen, wo ist man noch unbeobachtet?

Spione aus dem All.

Durch Satelliten kann auf Zentimeter genau alles fotografiert werden. Die Verwendung von Kreditkarten zeigt wo wir wann waren und bezahlten. Geortet wird man in naher Zukunft auch durch in Autos eingebaute Peilsender, die den Autodieben ihre Arbeit erschweren sollen. Jeder clevere Autodieb, der in sekundenschnelle einen Wagen knacken kann, wird ebenso schnell einen Sender inaktivieren können. Elektronische Gebührenzähler auf Autobahnen registrieren jedes Auto und verringern um ein Weiteres die Anonymität. Hochgestellte Politikern, Militärs und Polizeiführungskräften implantiert man in Mexiko Mikrosender unter die Haut. Anfangs sollten sie bei Entführungen helfen, mittlerweile dienen sie der Überwachung gegen Korruption.

Lauschangriff

Ein Handy auf „stand by“ geschaltet, kann jedes Gespräch in dem Raum mitverfolgen, in dem das Handy liegt. Ebenso kann man durch die Signale, die ein Handy sendet, punktgenau geortet werden. Jedes Handygespräch läuft durch Decodermaschinen und wird nach speziellen Wörtern gefiltert. Durch den US-Geheimdienst werden pro Tag ca. 10.000 Festnetzanschlüsse wahllos mitgehört und überprüft. Erst Ende Juni 2003 wurde aufgedeckt, wie viele Privattelefone abgehört und Wohnungen verwandt worden sind.

Im Dienste des Lauschangriffs sollen zukünftig Hausverwalter, Schlüsseldienste und Kaminkehrer tätig werden. Dies entspricht dem Willen der Bundesländer. Auch der Einsatz von Videokameras in überwachten Wohnungen wurde von Herrn Beckstein, dem damaligen Innenminister Bayerns (jetzt Ministerpräsident) gefordert. Hierzu sollen die Genehmigungsverfahren erheblich vereinfacht werden.

Videoüberwachung

Überwachungskameras auf öffentlichen und nicht öffentlichen Plätzen halten Personen, Tag und Zeit fest. Alles zum Schutze des Individuums und seines Besitzes, so erklärt man. Für den USA- Bürger im Ausland existiert kein Bankgeheimnis mehr. Jeder von ihnen, der im Ausland amerikanische Anleihen oder Aktien erwirbt, muss von den Banken an den amerikanischen Staat gemeldet werden. Auch in Deutschland darf nun jede Behörde in privaten Konten schnüffeln. Wer an die Verschwiegenheit der Schnüffler glaubt, der kann nur als extrem leichtgläubig eingestuft werden. Neider erfahren schnell, wer wo und wie viel auf der hohen Kante hat. Kriminelle finden schnellen Zugang zu diesen Daten.

Datenerfassung

Basel 2 macht jeden Geschäftsmann und Kontoinhaber zu einem gläsernen Menschen, indem sie wie bei einem Offenbarungseid sämtliche finanziellen Daten der Kunden erheben. Jeder Eintrag europäischer Bürger wird in Zentralstellen gesammelt und bei passender Gelegenheit verwendet. Besitzungen und Konten im Ausland ebenso. Die europäische Zentrale für Auslandsangelegenheiten drückt nur auf einen Link im Computer und erhält sämtliche Besitzverhältnisse europaweit.

Gleichzeitig wird ein Genprofil angelegt und zukünftig ein Lern- und Ortungschip unter die Haut eingepflanzt, der nicht größer als 1mm² ist. Ein ideales Feld der Datenerfassung bietet heutzutage der Online-Verkehr. Beim Surfen auf Internetshops werden Bestellungen und Interessen registriert, die für Behörden abrufbar sind. Der Media Player sendet Playlisten und benutzte Codexe ins Web. Daten und Kaufgewohnheiten können durch den RFID Chip wie auf der Payback-Karte, die an sich nur einem Rabattsystem dienen soll, gesammelt und ausgewertet werden. Dafür erhielt Payback den Preis „Big Brother Award“.

Wie soll eine Privatsphäre geschützt werden, wenn schon Angestellte von Krankenkassen jeden Steuerbescheid eines Versicherten kennen, jeder Bankbeschäftigte über sämtliche Vermögensverhältnisse Bescheid weiß? Der Verkauf von Daten ist vorprogrammiert.

Lösungsvorschläge für Kapitel 5:

- 5.1. Durch weniger Kriminalität erübrigt sich eine ständig steigende Überwachung.
- 5.2. Schärfere Strafen gegen Amtswillkür bei Überwachungsanordnungen.
- 5.3. Autobahnvignette statt elektronischer Erfassungssysteme, die mehreren Interessen dienen.
- 5.4. Verdeckte Online- Durchsuchungen privater Computer soll verboten werden, die Missbrauchsgefahr ist zu groß. Bei begründetem Verdacht für ein Gewaltverbrechen ist die Genehmigung für eine Online-Durchsuchung vom Richter einzuholen. Und ein begründeter verdacht ist schnell gegeben, oft zu schnell, denn Verleumdung und Falschaussagen tun hier das ihre.

6. Kapitel: Die Steuerlast

Leere Staatskassen

Die Staatskassen sind leer. Der Griff nach Privatvermögen sowie Grund und Boden wird immer unausweichlicher, denn man kann nur dort etwas holen, wo es noch was zu holen gibt. Eine Währungsreform wird die finale Lösung sein.

Zwangsabgaben

Jeder wird zu Zwangsabgaben und immer mehr Steuern gedungen, um die leeren Staatskassen zu füllen. Wenn man noch vor 200 Jahren von einem Zehntel an Steuerabgaben sprach, so sind es jetzt, alles zusammengerechnet ca. 80% des Einkommens. Um auch jeden Bürger frühzeitig zu erfassen sah das Steueränderungsgesetz 2003 unter anderem vor, dass in Zukunft bereits mit der Geburt eine Steuernummer vergeben wird.

Quellensteuer, Spekulationsgewinne und Erbschaftssteuer

Die Quellensteuer entfällt auf Rentenvorsorge, wie spezielle Rentenfonds oder Kapitallebensversicherungen und auf Zinserträge. Spekulationsgewinne zählen als gewerbliche Einnahmen und müssen versteuert werden, denn wer soviel Geld übrig hat, um damit zu spekulieren, der kann auch dafür Einkommensteuern zahlen, zumal er daraus ja einen Gewinn zieht. Wer weniger Geld zur Verfügung hat kann sich diese Spielerei nicht leisten, sondern sorgt ernsthaft für sein Alter vor und darf dafür nicht bestraft werden. Dies gilt für den „braven“ Sparer, der Geld auf die hohe Kante legt und dann dafür bestraft wird. Es ist nicht einzusehen, dass Gelder und Besitz, die bereits versteuert wurden im Falle der Erbschaft nochmals versteuert werden müssen – dies grenzt an Sittenwidrigkeit.

Rentensteuer

Seit 2005 werden die Renten besteuert. Ich halte das für ungerecht. Wer über Jahre sein Einkommen versteuert und in die Rentenkasse eingezahlt hat, der sollte nicht ein zweites Mal vom Staat abgezockt werden. Denn etwas anderes ist es nicht, wenn der Staat aus Ohnmacht, um seine selbstverschuldeten Finanzlöcher zu stopfen den Bürger immer wieder aufs Neue schröpft.

Vermögenssteuer

Eine Vermögenssteuer ist abzulehnen, denn wer über Jahre hart gearbeitet hat und eine Firma mit Angestellten führte, der hat seinen Gewinn bereits versteuert. Wenn er dann eine Million im Laufe seines Lebens zusammengespart hat, dann steht ihm dies zu. Was sollte also einen Betriebsinhaber noch motivieren, seinen Betrieb weiterzuführen, wenn seine Kinder Erbschaftssteuer zahlen müssen und er für sein Erspartes noch jährlich bestraft wird. Wer viel verdient hat auch in der Regel viel gearbeitet, er hatte keinen 8-Stunden Tag wie seine Angestellten. Für seine Initiative, seinen Mut, sein Ideenreichtum muss er belohnt werden.

Steuererklärung

Es kann doch nicht sein, dass jeder, der seine Steuererklärung unterschreibt, etwas unterschreibt, was er weder versteht noch was er mangels Wissen nachprüfen kann. Er unterschreibt und beglaubigt also im guten Glauben.

Lösungsvorschläge für Kapitel 6:

6.1. Vereinfachung der Steuergesetze. Es kann doch nicht sein, dass man in Deutschland die umfangreichste Steuergesetzgebung der Welt hat und jeder, der eine Steuererklärung abgibt diese unterschreibt obwohl er gar nicht versteht, was da drin steht. Steuergesetze müssen für jeden Bürger verständlich sein. Am einfachsten wäre es, wenn jeder von seinem Bruttolohn ca. 35 Prozent an die Finanzkasse abführen müsste. Davon werden alle Sozialabgaben bestritten. Es gibt keine Lohn- oder Einkommensteuer im herkömmlichen Sinne mehr, keine Sonderregelungen, damit auch keinen Steuerbetrug. Die Steuerberater haben weniger zu tun und der Steuerzahler, weiß, was er unterschreibt. Steuergesetze sind nicht als Protektorat für Steuerberater und -Kanzleien zu halten.

6.2. Die Mehrwertsteuer auf 25 % anheben, dafür müssen Lohnsteuer und damit die Lohnnebenkosten drastisch gesenkt werden. Die Einkommensteuer wird mit höheren Freibeträgen bedacht, damit der Drang zur Selbständigkeit nicht gehemmt wird. Durch niedrige Lohnnebenkosten wird auch das Problem der Schwarzarbeit geringer. Unnötige Kontrollaufgaben und damit unnötige Beamte können eingespart werden. Trickserien bei der Lohn- und Einkommensteuererklärung entfallen. Durch die Mehrwertsteuererhöhung müssen sich auch Beamte, die weit geringere Abzüge haben, am Mehrwert entsprechend beteiligen.

6.3. Abschaffung der Quellensteuer

6.4. Keine Einführung der Vermögenssteuer

6.5. Einführung einer Luxussteuer.

6.6. Einführung einer Trinkwassersteuer ab einer Übersteigerung eines Grenzwertes für den maximalen pro Kopf Verbrauch, um den verschwenderischen Verbrauch für Golfplätze, Pools und Waschanlagen zu verringern.

6.7. Auch Beamte müssen sich privat um eine Altersversorgung kümmern.

6.8. Einsparungen bei denen, die an der Produktion von Mehrwert nicht beteiligt sind, wie Beamten.

6.9. Haftbarmachung von Politikern, mit Folge einer Kürzung der Rentenbezüge. Heute haben wir das Gegenteil, indem Politiker, die sich was zu Schulden haben kommen lassen noch dicke Abfindungen über Jahre hinaus erhalten. Siehe Gerster von der Bundesanstalt für Arbeit, oder Kanter, ehemaliger Bundesminister.

6.10. Einführung einer Autobahngebühr in Form einer Vignette s.o.

5.11. Senkung der Bier- und Weinststeuer, dafür drastische Erhöhung der Steuer für Spirituosen.

6.12. Erhöhung der Zigarettensteuer.

6.13. Gestaffelte Erhöhung der Kfz-Steuer ab dem zweiten Privatwagen.

6.14. Höhere Kfz- Steuer für jeden PKW, der mehr als 10 Liter Kraftstoff verbraucht.

6.15. Gestaffelte Erhöhung der Grund und Bodensteuer für jedes zweites und weiteres Haus sowie Grundstück, das nicht zum ersten Anwesen gehört.

6.16. Senkung der Benzinststeuer, da sie eine zusätzliche Belastung für Familien auf dem Land sind, die jeden Weg mit dem Auto machen müssen. Die hohen Treibstoffpreise sind ein zusätzliches Argument für die Landflucht Jugendlicher.

6.17. Abschaffung von Subventionen.

6.18. Abschaffung der Erbschaftssteuer.

6.19. Rentenbeträge dürfen nicht besteuert werden. Wer als Rentner zusätzlich ein Einkommen hat, soll für dieses einen Pauschalbetrag von 15 % an den die Finanzkasse abführen, ohne Sonderregelungen.

6.20. Abschaffung der Steuererklärungen und Sonderabschreibungen. Es werden nur tatsächliche Ausgaben aufgerechnet.

6.21. Einführung einer Börsensteuer

7. Kapitel: Überfremdung, die schleichende Invasion

Die Chinesen kommen

Vancouver war früher eine Stadt der Kanadier, mit Straßen im Zentrum, die sich in der Hand deutscher Aussiedler befanden. Heute gehört Vancouver den Honkong-Chinesen. Diese haben nach den Lehren des Feng Shui ihre Fachleute in der ganzen Welt herumgeschickt, um einen geeigneten Platz für ihre Familien ausfindig zu machen. Als prädestiniert fand sich Vancouver. Mit der Folge, daß Vancouver in chinesische Hand kam. Bis hinauf in den Stadtrat bestimmen die Chinesen das Geschick der Hauptstadt von British Kolumbien. Besitzer von Häusern und Läden wurden mit derartig hohen Preisen zum Verkauf überredet, dass diese nicht nein sagen konnten. Selbst wenn sie ihr ganzes Leben weitergearbeitet hätten, hätten sie nicht soviel verdienen können, wie bei diesem Verkauf. Dies geschah ohne Gewalt oder Drohungen.

Ebenso haben Chinesen aus der Republik China ihre Aufkäufer nach Deutschland gesandt, um Immobilien zu erwerben. So wurde ein deutscher Immobilienmakler beauftragt, geeignete Häuser anzubieten. Nachdem dieser das zwanzigste Haus mit einem chinesischen Käufer begutachtet hatte, dieser aber immer nur „ja ja“ sagte und nach weiteren Objekten fragte, wurde der Immobilienmakler mißgestimmt und fragte, ob der Chinese sich nun für eins der Häuser interessieren würde. Worauf dieser antwortete, er nähme alle. Er schickte seinen Chauffeur an dem Kofferraum seiner Limousine, um eine Geldtasche hervorzuholen. Hielt diese dem Immobilienmakler hin und sagte, daß sich darin, entsprechend dem Preisangebot, die zu entrichtenden Millionen DM befänden. Der Kauf wurde per Handschlag besiegelt, ohne eine Quittung zu verlangen. Vorsichtshalber verzichtete der Immobilienmakler auf ein sofortiges Nachzahlen, um den Chinesen nicht zu entehren. Außer Sichtweite holte er dies natürlich, wie es ihn die Geschäfte mit Europäern lehrte, umgehend nach. Die Summe stimmte auf Heller und Pfennig. Der Chinese hatte für seinen Clan Häuser gesucht, damit diese China verlassen können. Mittlerweile lassen sich bundesweit die Fäden der Chinesen erkennen. Die Infiltration beginnt langsam aber stetig. Nahezu alle Waren kommen aus China.

Die Geister, die wir riefen

So wie die Chinesen, so sind ganze Stadtviertel in türkischer Hand. Siehe Ruhrpott. Die Invasion geschieht lautlos, ohne großes Aufsehen. Wenn sich die Völker vermischen unter Einhaltung mitteleuropäischer Moral- und Wertvorstellungen ist dies wünschenswert. Probleme entstehen erst, wenn sich unterschiedliche Zellen bilden, die sich gegenseitig bekämpfen und Hass schüren. Der Zorn deutscher Bürger ist zu verstehen, wenn Kinder ausländischer Lohnempfänger, die nicht Bundesbürger sind, für Kinder, die nicht in Deutschland leben, Kindergeld kassieren. Kindergeld soll denen zugute kommen, die mit ihren Kindern unsere zukünftigen Rentner unterstützen wollen. Dies tun jedoch im Ausland lebende Jugendliche kaum. England und Holland zeigen uns nahezu mustergültig, wie unterschiedliche ethnische Gruppen miteinander leben können, ohne dass Konflikte so augenscheinlich wären wie in Deutschland. Auch in Spanien gibt es da wenig Probleme.

Deutschland, bald ein islamischer Staat?

Eine Kultur benötigt 2,1 Kinder pro Familie um nicht in naher Zukunft vom Aussterben bedroht zu sein. Die durchschnittliche Kinderzahl bei EU- Bürgern liegt derzeit aber nur bei 1,38. In Frankreich liegt die Zahl der islamischen Immigranten anteilmäßig an allen

Immigranten bei 90 Prozent. Auch wenn die Geburtenrate in den islamischen Ländern insgesamt auf durchschnittlich von über 7 auf 2,2 gesunken ist (Pakistan liegt noch bei 4,7 Kinder/Familie) bedeutet dies, Frankreich ist aufgrund der hohen Einwanderungszahlen im Jahr 2050 ein islamischer Staat. In Deutschland liegt die Entwicklung ähnlich. Muhammad al Gaddafi sah noch gelassen der Zukunft entgegen, als er sinngemäß prophezeite: *Wir benötigen keinen Terrorismus, keine Bomben und keine Waffen um Europa zu erobern, wir benötigen nur Kinder.*

Bereits viele islamische Jugendliche tragen T-Shirts mit der Aufschrift „2020 werden wir Euer Land übernehmen“.

Wer so agiert, der will die Macht an sich reißen. Oder kann man dies schlicht als Spaß kleinreden? Die Frage ist, ob wir uns in die Hände von Menschen einer anderen Kultur geben wollen, von Menschen, die Staat nicht von Religion trennen wollen, von Menschen, die die Menschenrechte nur bedingt achten und damit auch gegen die wahren Gebote Allahs verstoßen? Wollen wir eine Aufhebung des Laizismus? Wollen wir unsere eigene Kultur aufgeben? Hier ergibt sich ein erheblicher Behandlungsbedarf, wie Immigranten besser in unser Wertemuster eingeführt werden können, ohne dass sie aber ihre Authentizität verlieren. Es bleibt ihnen aber nichts anderes übrig als unsere Kultur und unsere Grundrechte anzunehmen, nicht nur pro Forma, sondern ernsthaft. Sehr wohl können und sollen sie dabei ihren Glauben behalten können, sofern er nicht gegen die Menschenrechte verstößt und fundamentalistischen Weltbildern entspricht.

Eine multikulturelle Gesellschaft

Eine Multikulti- Gesellschaft kann, sofern alle Beteiligten friedlich nebeneinander leben sehr angenehm und bereichernd sein. Jeder vermag vom anderen zu lernen. Allerdings erfordert dies gegenseitigen Respekt und Achtung. Wir Deutsche haben viel zu viel Angst um unsere Identität, weil wir glauben, nur wie wir es machen ist es richtig. Dabei gibt es viele Dinge, wo wir etwas lockerer sein könnten und nicht so verbissen bürokratisch. Sicherlich darf dies nicht in eine Gleichgültigkeit, also ins Gegenteil umschlagen. Wer viele Länder bereiste, wie ich, der wird festgestellt haben, dass es in südlichen und östlichen Regionen oft sehr dreckig ist, die Straßen und Wege sind gesäumt von Müll, die Natur wird erbarmungslos ausgebeutet, Tiere werden gequält und Bauvorschriften, die dem Bürger Sicherheit gewähren sollen, gibt es nicht oder werden nicht eingehalten. Hotels und Villen schießen ohne Baugenehmigung aus dem Boden, Naturschutzräume werden urbar gemacht und herrschende Klassen, Mafia oder Militärs verteidigen ihre Macht gnadenlos. Wer diese Bilder gesehen hat, befürchtet natürlich, dass solche Gesinnung sich bei einer Überfremdung auch in unserem Land breit machen könne. Sicherlich nicht zu Unrecht. Hier wäre es hilfreich, einen Wertekatalog zu erstellen, an den wir uns auch selbst halten müssen. Werte, die bereits in der Schule vermittelt werden sollten. Ohne Werte verkommt eine Gesellschaft und wir sind nahe dran in diesen Sumpf mit hineingezogen zu werden. Unsere Politiker wie Wulff & Co sind dafür ein trauriges Negativbeispiel.

Lösungsvorschläge zu Kapitel 7:

7.1. Konkurrenz aus dem Ausland ist gut und zeigt uns, dass wir unsere Ansprüche herunterschrauben müssen. Weniger Überheblichkeit täte uns gut.

7.2. Der Standort Deutschland als Arbeits- und Wohnplatz ist gefragt. Der Zustrom von Ausländern nach Deutschland zeigt uns, wie gut wir es hier haben, wie schön unsere Landschaft ist und wie relativ frei wir hier leben können. Wenn wir das erhalten wollen,

müssen wir unsere Rahmenbedingungen ändern.

7.3. Hierzu müssen Deutsche Bürger ihre zwanghafte Einstellung toleranter gestalten.

7.4. Siehe hierzu Punkt 1.4. Einwanderung ja, aber Kriminelle müssen umgehend auszuweisen sein. Wer dies zu befürchten hat, wird sich überlegen, ob er kriminell wird. Heute hat ein Krimineller kaum eine Ausweisung zu befürchten und riskiert demnach wenig, zumal ein Gefängnisaufenthalt oft noch erträglicher ist als das Leben im Herkunftsland.

7.5. Immobilienkauf durch Nichtdeutsche auf Zeit, wie in Holland (90 Jahre).

7.6. Kein Kindergeld für Ausländerkinder, die nicht in Deutschland leben. Generell sollte nur Kindergeld an Deutsche Staatsbürger ausbezahlt werden, denn nur die bekunden durch ihre Bereitschaft Deutsche zu sein, dass sie auch am jetzigen und zukünftigen Deutschen Staat mitarbeiten wollen und ihren Anteil zu dessen Gedeihen beitragen wollen. Kindergeld ist eine Belohnung und eine Entlastung, damit in Zukunft genügend Erwachsene durch ihre Arbeit die Alten finanzieren können. Diesen Sinn verfehlt Kindergeld bei nicht Bundesbürgern vollkommen.

7.7. Deutschkurse für Ausländer müssen Pflicht sein, damit eine Integration leichter fällt und eine Abkapselung unterbunden wird.

7.8. Die Deutsche Staatsbürgerschaft erhält nur der, der sich bewährt hat, dazu gehört auch die Erziehung der Kinder. Wenn diese ständig kriminell auffallen, können auch die Eltern die Staatsbürgerschaft nicht erlangen. Jeder muss in die Pflicht genommen werden. Sicherlich ist dies härter, als man es bei deutschen Familien durchführen kann, denn die kann man nicht ausweisen. Aber wir genug mit unseren Problemen zu kämpfen, als dass wir uns noch fremde aufhalsen können.

7.9. Ausländer müssen an Integrationsprojekten teilnehmen, an denen auch die Deutschen mithelfen müssen. Nicht nur durch Taten, sondern auch durch Einsicht, Toleranz und Einfühlungsvermögen. Dazu gehören Stätten eines Kulturaustausches, in denen die ethnischen Gruppen ihre Kultur vorstellen und Wege aufzeigen wie man gemeinsam in eine freundschaftliche Zukunft blicken kann. Selbstverständlich zählen hierzu auch sachliche Aufklärung über Ursprünge und Lehren der verschiedenen Religionen. So wird man schnell erkennen, wie sich die einzelnen Religionen in ihrem Kern doch ähneln. Man ist sich nicht mehr fremd. Damit sollen Immigranten in unsere Kultur eingebürgert werden und nicht umgekehrt, indem wir uns in unserem eigenen Land eine fremde Kultur aufzwingen lassen. Wer nach Deutschland will, muss unsere Regeln und Gesetze befolgen.

7.10. Vor allem gilt es, dass Ausländer, die von uns anerkannten Menschen- und Grundrechte achten und leben. Hierzu gehören die Achtung und Gleichberechtigung der Frau ebenso wie deren Selbstbestimmung, wie auch die Achtung gegenüber unserer Umwelt und gegenüber den Tieren. Ethnisch- hierarchische Gesellschaftsstrukturen, die auf einem Patriarchat aufbauen und damit die Machtposition des Mannes in der Familie zu einem totalitären Gefüge werden lassen, haben in unserer demokratisch-liberalen Gesellschaft keinen Platz. Auf einer Müllkippe zu wohnen, wie es die Inder tun, ist nicht erstrebenswert und umweltfreundlich. Im krassen Gegensatz dazu lehrt uns Dänemark, was Sauberkeit bedeutet.

7.11. Es ist unverantwortlich, dass in Haupt- und Gesamtschulen der Ausländeranteil das Schulwesen bestimmt. Hierzu müssen die Schulen in landesspezifische Klassen aufgeteilt werden, wo islamische Kinder, die der Deutschen Sprache nicht vollständig mächtig sind von deutsch-islamischen Lehrern unterrichtet werden. Man kann deutschsprachige Kinder in ihrer Entwicklung und Schulbildung nicht darunter leiden lassen, dass sie ihr Niveau nach denen richten müssen, die der Deutschen Sprache noch nicht mächtig sind oder einfach keinen Bock auf Schule haben.

7.12 Einwanderungsbestimmungen sollten sich an denen von Neuseeland und Australien orientieren, dann gäbe es auch nicht so viele Wirtschaftsflüchtlinge, die nur von unserem Wohlstand profitieren wollen ohne Gegenleistungen zu geben.

8. Kapitel: Der Weg in die Gleichgültigkeit

Isolation, Leistungssystem und Exzesse

Es muß jedem klar sein, dass nur eine funktionierende Gemeinschaft die Chance zum Überleben hat. Wer nur an sich selbst denkt, an diesen kurzen Moment in einem neuen Jahrtausend, der hat resigniert und seine Karten verspielt. Wer aber wie die Honkong-Chinesen handelt und damit für seine Kinder und Kindeskindern vorsorgt, der widersetzt sich diesem Trend und schützt sich vor der unfreiwilligen Vereinnahmung seiner selbst durch Fremde. Es gab schon immer Versuche, sich gegen den Trend zu stellen. Wenn auch viele dieser Unternehmungen irgendwann scheiterten und der Macht von Brutalität und Geldgier weichen mußten, so wäre die Welt heute wohl in einem noch desolateren Zustand, wenn es diese Gesellschaften nicht gegeben hätte. Während Frauen bei uns immer emanzipierter auftreten, werden sie bei fundamentalistischen Islamisten und in Indien wie eine Ware be- und gehandelt. Frauen werden entwürdigt und dem Willen der Männer unterworfen. Aber sind wir hier in Deutschland so weit davon entfernt. Gibt es bei uns keinen Mädchenhandel, keine sexuellen Nötigungen? Wie viele minderjährige Mädchen werden vergewaltigt und ermordet, wie viel häuslicher Missbrauch findet statt? Nach Aussagen eines Psychiaters, Leiter von drei psychosomatischen Kliniken, nimmt diese Zahl in beängstigender Weise zu.

Frauen aus dem Osten werden zur Prostitution gezwungen, Kinder gequält und zerstückelt, alles nur für eine perverse Männerwelt. Allein in Deutschland leiden 700.000 Frauen an Bulimie oder Magersucht. In Deutschland sterben jährlich mehr Menschen an Selbstmord als es Verkehrstote gibt. So gab es im Jahr 1999 11.157 Selbstmorde und 7.866 Verkehrstote (übrigens ist diese Zahl 2011 auf über 9.000 gestiegen). Allein bei Jugendlichen versuchen jährlich ca. 15.000 nach der Zeugnisvergabe Selbstmord zu begehen. 8.000 schafften es im Jahr 2000. Was ist bloß los in unserer Gesellschaft?

Wir schreien alle nach Wirtschaftswachstum, stellen den Materialismus an oberste Stelle. Aber wozu dieses Wirtschaftswachstum und zu welchem Preis? Neben der Selbstmordrate steigen Alkohol-, Medikamenten- und Drogenmißbrauch stetig. Auch die als psychisch krank bezeichneten Menschen häufen sich in beängstigender Weise. 1999 waren es 850.466, die in Kliniken behandelt wurden. Diejenigen, die zum Psychiater gehen sind dabei nicht erfaßt. Zeigt uns das nicht, daß die Belastung durch unser Leistungssystem und durch mangelnde Zuwendung, die im Materialismus nicht gefragt ist, zu hoch ist?

Viele Menschen halten diesen Druck gerade noch aus, versuchen ihn durch übermäßige Freß- oder Kauflust sowie durch abnorme sexuelle Befriedigung zu kompensieren. Aber ist das nicht irgendwie krank? Krank ist unsere ganze Nation an mangelnder Liebe, an Unverständnis und an Ungerechtigkeit? Wenn das der Preis für unser Wachstum ist, dann pfeife ich auf Wachstum.

Lösungsvorschläge zu Kapitel 8:

- 8.1. Sinn für die Gemeinschaft entwickeln und nicht gegen sie. Dies setzt jedoch Vertrauen voraus, das von unseren Politikern meist enttäuscht wird.
- 8.2. Mehr Achtung für seine Mitmenschen zeigen.
- 8.3. Mehr Verantwortung seinen Mitmenschen gegenüber zeigen (Zivilcourage)
- 8.4. Mehr Lachen, alles nicht so ernst und persönlich nehmen.
- 8.5. Mehr Loben und weniger Tadeln.
- 8.6. Weniger Wert auf Statussymbole legen.
- 8.7. Mehr Verantwortungs- und Pflichtgefühl entwickeln und danach leben.
- 8.8. Begriffe wie Freundschaft, Liebe, Ehre höher bewerten.
- 8.9. Für Kinder hilf- und lehrreich sind Jugendgruppen wie die Pfadfinder.
- 8.10. Der Geist der Ethik soll sich in jedem Schulfach widerspiegeln und nicht nur im Fach „Ethik“. Förderung einer humanistischen Schulbildung, die Werte vermittelt und hilft den Charakter zu formen.

9. Kapitel: Unser täglich Brot

Einheitsbrei „Nahrung“

Von der Fiktion eines Einheitsbreies als Nahrung sind wir nicht mehr weit entfernt. Die Amerikaner praktizieren dies schon seit mehr als 25 Jahren, wie z.B. mit ihrem Toastbrot. Kaum zu glauben, in was für einer Vielfalt dieses angeboten wird. Doch letztendlich ist es ein und derselbe Brei. Dazu die feine streichfähige Butter, oder sagen wir besser Brotaufstrich, aus einem exzellenten Gemisch von Lecithin, Kokos-, Milch- und Palmkernfett, Hirnteilen (erst 2001 in italienischer Butter gefunden) Geschmacksverstärkern und Zartmachern.

Nahrung aus Abfall und Etikettenschwindel

Ebenso erfinderisch sind die Japaner, die Klärschlamm zu Granulat verkocht, mit Sojaprotein und Aromastoffen versetzt haben und schon war der nach Hähnchen schmeckende Fleischersatz fertig. Nicht nur, dass Städter bis zu 7 mal ihren eigenen in Kläranlagen aufgebesserten Urin trinken, jetzt essen wir auch noch unsere eigene Kloake. Gourmets verzehren an Designertresen unter dem Etikett Krebsfleisch ein aufgepöppeltes Produkt aus ansonsten ungenießbaren Fischabfällen. Auch das Herzstück der teuren Sushi- Röllchen, genannt Surimi, ist nichts anderes als maritimer Müll. Die Liste geht endlos weiter, ob Joghurt mit Erdbeergeschmack, in dem sich nur geschmacksveränderte Karottenwürfel befinden und durch Gelatine in Form gebracht werden. Oder ob es sich um Schnellgerichte handelt, wo 2 Gramm Trockenhuhn mit ein paar Gemüseklümpeln, die weder je Sonne noch Erde gesehen haben, zusammen mit reichlich Salz, Aromen und Geschmacksverstärkern versetzt werden, fertig ist die Hühnersuppe in Tüten. So genannte Schlemmertöpfe werden aus mit Natronlauge behandelten Hühnerabfällen erst neutralisiert, dann dehydriert und letztendlich aromatisiert. Käse ist nicht mehr Käse und Fleisch nicht mehr Fleisch, soweit sind wir gesunken, dass wir mit Lebensmittelimitaten betrogen werden. Landauf und landab verwenden Restaurants die gleichen Soßenpulver, die Bäcker die gleichen Brotmischungen und die Fleischer die gleichen Gewürzmischungen. Fastfood, Geschmacksverstärker, Einheitswürzmischungen, genormtes Obst, schnelleres Wachstum durch den Gentrück, Hormone oder Wachstumsförderer werden unseren Tisch decken.

Wenn man nun glaubt, alles sei erledigt, wenn man die Nahrungsproduktion in den EU-Osten verlegt, so irrt man. Denn wie soll da Lebensmittelsicherheit herrschen, wenn einem Radiobericht zufolge in Polen ohne Schmiergelder nichts geht oder umgekehrt ausgedrückt mit Schmiergeldern fast alles geht.

Deutsche Landwirtschaft

Was bei uns verpönt ist, verlagert man kurzer Hand ins Ausland. Was man nicht weiß, macht einen nicht heiß. Langfristig muss also die deutsche und mitteleuropäische Landwirtschaft der Industrie und dem Freizeitvergnügen weichen. Qualitätskontrollen bei Fleisch und Geflügel werden dann vor Ort in Rumänien, Ungarn oder Polen vorgenommen, in Ländern, in denen die Lebensmittelkontrolle noch in den Kinderschuhen steckt, wenn ich dies mal gelinde ausdrücken darf. Eine EU-Osterweiterung geht also zwangsläufig mit einem Bauernsterben in Mitteleuropa einher. Nur Landwirte, die Nischen füllen, zum Beispiel mit Ökoprodukten haben noch eine vorübergehende Überlebenschance. Solange bis „Öko“- Produkte billiger aus dem Osten eingekauft werden. Hier ist Aufklärungsarbeit bitter nötig, so wie es das Konzept „Slow food“ als Antithese zum Fast Food versucht.

Andererseits kann nicht geduldet werden, dass eine Überproduktion, wie beim Zuckerrübenanbau noch subventioniert wird. Landwirte werden noch belohnt, dass sie zu einer Überproduktion beitragen und damit die Massentierhaltung sowie einen intensiven Ackerbau fördern. Paradox!

Eine Hightech Landwirtschaft einschließlich der Zulassung von gentechnisch verändertem Pflanzenguts, wie es derzeit die FDP fordert, ist der Untergang für Lebensmittelqualität und Bodenkultur. Ganz zu schweigen von der Massentierhaltung, der damit Vorschub geleistet würde. Eine solche Ansicht zeigt nur materielles Denken und Kurzsichtigkeit, die auf Kosten unserer Lebensqualität und Umwelt geht.

Lösungsvorschläge zu Kapitel 9:

- 9.1. zurück zu „Slow Food“
- 9.2. Meiden von stark gewürzten Fertignahrungsmitteln, die einen Gewöhnungseffekt bei den Geschmacksnerven hervorrufen.
- 9.3. Meiden von unerwünschten Inhaltsstoffen wie Glutamat und all den unbekanntem E-Nummern. Mehr auf die Zusammensetzung achten und den Lebensmitteln Vorrang geben, die weniger Zusatzstoffe enthalten.
- 9.4. Klarheit verschaffen, was Reinheitsgebote besagen.
- 9.5. Klare Deklaration auf dem Etikett, was die Ursprungsstoffe betrifft.
- 9.6. Kontrolle der Landwirtschaftsproduktion vor Ort.
- 9.7. Unterstützung einheimischer Landwirtschaft.
- 9.8. Keine Wischi-Waschi Qualitätsprogramme einführen.
- 9.9. Unnötigen Bürokratismus abschaffen
- 9.10. Einheitliche Kontrollen in der Landwirtschaft und keine Doppelt- und Dreifach-Kontrollen.
- 9.11. Einführung des genetischen Fingerabdrucks beim Fleisch.
- 9.12. Abschaffung der Subventionen für die Landwirtschaft

10. Kapitel: Genforschung

Klone

Wenn erst mal die ersten genmanipulierten Menschen und deren Klone mit Fastfood gefüttert werden, wird der Platz für uns eng. Menschliche Klone als Ersatz für künstliche Roboter. Erste Versuche mit der menschlichen Erbmasse in geheimen Labors haben schon stattgefunden, mit der Absicht, menschliche Klone sowie Supermenschen zu produzieren. In Italien brüstete sich vor einiger Zeit ein Gynäkologe damit, eine geklonte menschliche Eizelle einer Leihmutter implantiert zu haben. Kein Gesetz kann diese Irren und Kriminellen von derartigen Versuchen abhalten. Hinzu kommt die Elektronik, die Automatisierung und computergesteuerte Organisation unseres Lebens, die uns zur Zwangsjacke werden. Ein Fehler im System und es war einmal ein Mensch.

Embryonale Stammzellenforschung

Sicherlich ein wichtiger Forschungszeitung um Krankheiten wie Krebs besser begegnen zu können.

Gen- Mais

Im Frühjahr 2004 wurde erstmals genmanipulierter Mais auf deutsche Felder ausgesät, obwohl in den USA Versuche ergaben, dass sich der Genmais mit dem benachbarten herkömmlichen Mais bestäubt und so genveränderten Samen überträgt. Irgendwann wird auch der letzte Halm genmanipuliert sein, ob dieser will oder nicht und das obwohl keiner sagen kann, wie der menschliche Organismus auf diese Umstellung langfristig reagieren wird, wo er Jahrtausende Zeit hatte, sich an die bisherige Nahrung anzupassen.

Lösungsvorschläge zu Kapitel 10:

- 10.1. Anbauverbot von genverändertem Saatgut so wie es die Briten beschlossen haben.
- 10.2. Verbot, Klone zu züchten, egal ob beim Tier oder beim Menschen
- 10.3. Bei Lebensmitteln darauf achten, ob sie aus genveränderten Materialien hergestellt wurden.
- 10.4. Klare Deklarationen verlangen. Was der Konsument nicht kauft, wird zwangsläufig nicht hergestellt. Wenn der Käufer aber nicht weiß, was in der Nahrung enthalten ist, kann er sein Kaufverhalten nicht danach richten.
- 10.5. Zulassung von Stammzellenforschung, aber mit entsprechenden Einschränkungen, die Missbrauch verhindern.

11. Kapitel: kein Job kein Geld

Arbeitslosigkeit

Jeder schreit nach Senkung der Arbeitslosenzahlen, Bündnisse werden gestrickt, doch mit all zu großen Maschen. Die wesentlichen Kriterien werden nicht angepackt. Wer hat schon Lust mehr Arbeitnehmer einzustellen, wenn die Löhne sich nicht tragen, die Arbeitgeberabgaben zu hoch, die Beiträge für Berufsgenossenschaften nahezu unerschämmt und die Steuerlast erdrückend ist. Verrückt ist, wer unter diesen Umständen noch an Einstellungen denkt. Ohne Anreiz stellt niemand mehr Personal ein als unbedingt nötig. Stattdessen arbeitet der Selbständige lieber noch eine Stunde länger, um Personal einzusparen. Warum auch arbeiten, wenn man mit Hartz IV oft mehr Geld bekommt als mit Arbeit. Man muss nur genügend Kinder haben, dann kommen bei vier Kindern schon gut 2.000 € raus.

Das PISA- Dilemma.

Mangelhafte Universitätsprofessoren können nur mangelhafte Lehrer ausbilden. Ein lateinisches Sprichwort sagt „Nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet“, niemand kann mehr Recht geben als er selbst hat. So kann ein Dozent auch nur das vermitteln, was er selbst kann, was häufig zu wenig ist. Und was heißt PISA Studie, von wem ist sie initiiert? Von dem Wirtschaftsmagazin "Kapital". Damit sollte die Ausrichtung dieses Tests klar erkennbar sein. Doch wie dem auch sei, deutsche Professoren und Lehrer sind zu schlecht und sollten daher auch Leistungskriterien unterworfen werden, wie die Schüler.

Geld und Frust

Gewerkschaften fordern immer mehr Lohn bei geringerer Arbeitszeit, obgleich immer mehr Firmen Insolvenz beantragen. Wie passt das zusammen? Zwangsläufig wird eine ständige Umstrukturierung der Gesellschaftsschichten immer rasanter fortschreiten. Der Kampf ums Geld wird härter und härter, wobei die oberen und unteren Einkommensklassen weiter auseinanderdriften, unter Vereinnahmung des Mittelstandes, der in Auflösung begriffen ist. Das Streben nach Statussymbolen, Luxusgütern, Schönheit und nach dem ewigen Leben wird das Dasein der Reichen und derer, die es scheinen wollen, beherrschen, während die Armen ums Überleben kämpfen. Um sie bei der Stange zu halten und einem unbequemen Aufbegehren entgegenzuwirken, wirft man ihnen gezielt Knochen vor. Berieselung durch Sport, Actionfilmen à la Terminator mit ständig wachsender Brutalität, Gewinnshows, Lifeacts und peinliches gemeinsames Verlustieren in Kamera überwachten Containern und Camps werden die Sender füllen. Außerhalb der öffentlichen Szene werden Pädophilie, Pornographie, Gräueltaten, Todeskämpfe und das Ausleben von Grenzbereichen den unterdrückten Aggressionen als Ventil dienen. Diese Sucht führt uns weg von der Normalität, immer weiter, höher, schärfer, heißer, brutaler, rücksichtsloser, immer auf der Suche nach dem ultimativen Superkick.

Mobbing

Im Kampf um Posten und Gehälter werden Intrigen geschürt. Wer dann glaubt, es geschafft zu haben, sitzt auf einem Schleudersitz unter ständiger Beobachtung. Die Fluktuation auf der Führungsebene wird rasante Formen annehmen. In der kurzen Zeitspanne wird der Sesselinhaber so schnell wie möglich und so tief wie möglich in fremden Taschen greifen. Betrügereien werden das heutige Maß noch übersteigen. Es wird ein Ballspiel, in dem jeder so hart schlägt, wie er kann, um am Ball zu bleiben.

Verlust der Eigenständigkeit.

Gleichzeitig verlernt der Mensch seine Eigenständigkeit. Jeder wird nur noch Spezialist für seinen schmalen Teilbereich, ist aber nicht mehr in der Lage, den Gesamtüberblick zu behalten, geschweige denn in anderen Bereichen auszuweichen. Wir werden Fachidioten, die nur noch in der Symbiose mit anderen Fachidioten überleben können. Auf sich alleine gestellt, kann keiner mehr überleben, weil er eben nur den Teilbereich kennt und nicht das Ganze. Die Überspezialisierung wird zur mangelnden Flexibilität und Dynamik führen. Zieht man einen Stecker, wird das gesamte System lahmgelegt. Die Menschen werden sich um die teuren Quadratmeter Wohnfläche in den Ballungsräumen streiten, während im gleichen Zuge die ländlichen Regionen vereinsamen werden. Arbeit gibt es nur noch in Städten und Freizeitregionen. Der Neid der Beamten und Kontrolleure wird zu einer lähmenden Bürokratie führen, denn das Verhältnis zwischen ihnen und denen, die durch die Produktion von Waren einen Mehrwert schaffen, wird immer enger. Das Endprodukt wird durch ein ständig wachsendes Maß an Dienstleistungen und Überwachungen unnötig verteuert. Immer mehr Menschen müssen von immer weniger miternährt werden.

Arbeits- und Ladenschlusszeiten

In anderen Ländern klappt es wunderbar mit längeren Ladenöffnungszeiten. Auch beginnt man dort zu unterschiedlichen Zeiten mit der Arbeit, was nicht nur den Straßenverkehr entlastet, sondern auch dem Stress entgegen wirkt. Kleinere Geschäfte haben ihr Einkommen neben den großen Kaufhäusern und Supermärkten, von denen einige 24 Stunden geöffnet haben. Ohne Probleme existieren diese Unternehmen nebeneinander. Nur in Deutschland pflegt man die Sturheit, Gewerkschaften bangen um die niedrigen Arbeitsstunden pro Tag. Nur wird es ohne Engagement in Zukunft nicht weiter gehen. Es sollte jedem überlassen sein, wie lange und wann er sein Geschäft öffnet. Allerdings sollte ein Tag in der Woche als Ruhetag eingehalten werden.

Made in Germany

Die alten erfahrenen Angestellten müssen gehen, weil sie für den Arbeitgeber zu teuer sind und weil ihre Krankentage im Verhältnis zu den Jüngeren steigen. Dadurch leidet das Know how. Die Lehrer, die die Jungen ausbilden, fehlen und „made in Germany“ verliert seinen guten Ruf.

Lösungsvorschläge zu Kapitel II:

II.1. Blockunterricht für Lehrlinge an den Berufsschulen. So fallen sie nicht jede Woche ein- oder zweimal aus. Dies ist für die Organisation des Betriebes besser.

II.2. Praktisch orientierte Lehrbetriebe der Berufsschulen, die auf dem neusten Stand gehalten werden. So hat der ausbildende Betrieb den Vorteil, durch den Lehrling ein neues Input zu bekommen.

II.3. Nicht auf gebratene Tauben warten, die einem ins Maul fliegen, sondern sich auch mal mit einem Sperling begnügen. Nicht für jeden können Superjobs hergezaubert werden.

- 11.4. Wer eine seiner Ausbildung nieder qualifizierte Arbeit ablehnt, muss mit Kürzungen des Arbeitslosengeldes rechnen.
- 11.5. Wer ein Arbeitsangebot ausschlägt, kann für soziale Einrichtungen abgestellt werden.
- 11.6. Pädagogische Weiterbildungen für Lehrer und Hochschuldozenten müssen Pflicht werden.
- 11.7. Ständige Leistungskontrollen der Professoren, Dozenten und Lehrer.
- 11.8. Die Schul- und Studienzeit zu verkürzen ist der falsche Weg, gerade die mangelnde Lebenserfahrung und der frühe Leistungsdruck führen zu Fehlentwicklungen. Noch negativer würden sich Vorschulverpflichtungen auswirken. Man würde den Kindern eine ganze Entwicklungsphase rauben, wodurch die psychischen Probleme vorprogrammiert wären. Solche Heranwachsende werden auch kaum eine Familie gründen wollen und Kinder großziehen.
- 11.9. Supervisionsgespräche mit Psychologen; wer sich nicht daran hält, hat mit Abmahnungen zu rechnen.
- 11.10. Teamgeist ist Voraussetzung zum Erklimmen der Leiter nach oben.
- 11.11. Beurteilungen eines Probanden durch die Abteilung und nicht nur durch den Vorgesetzten.
- 11.12. Erhalt der Erfahrung älterer Mitarbeiter. Wenn die erfahrenen Alten fehlen, wer soll dann die Jungen ausbilden, um kostspielige Fehler zu vermeiden und die Produktqualität zu erhöhen?
- 11.13. Wir müssen wieder lernen, mit weniger auszukommen. Zurück zu einem vernünftigen Preis/Leistungsverhältnis. Die teilweise 100% Steigerung der Preise müssen zurückgenommen werden.
- 11.14. Boykott von Restaurants und Läden, die nach der Euro-Einführung um 100% aufgeschlagen haben.
- 11.15. Förderung der Gruppendynamik, vom ICH zum WIR umdenken.
- 11.16. Neben einer Spezialisierung darf der Blick auf das Ganze nicht verloren gehen.
- 11.17. Weg von der totalen Abhängigkeit. Solarzellen und Sonnenkollektoren sind ein Beispiel wie man etwas vom Erdöl und der Kernenergie abrückt, ein Schritt in die Unabhängigkeit. Förderung anderer alternativer Energiequellen.
- 11.18. Automotoren, wie den Elsbethmotor forcieren, der mit jedem Öl fährt und das noch umweltfreundlicher.
- 11.19. Ladenschlusszeiten aufheben.
- 11.20. Schulbeginn erst um 09:00 Uhr.

11.21. Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche verlängern.

11.22. Feiertage und Urlaub reduzieren.

11.23. Bonus-Malussystem für Krankentage.

11.24. Umkehr der Vergütung, was heißt, dass die jüngeren Angestellten, nach einer gewissen Zeit mehr Lohn erhalten, zum einen aus dem Grund, weil sie da noch am leistungsfähigsten sind und zum anderen weil sie in der Phase das meiste Geld benötigen, um sich eine Existenz aufzubauen. Für den älteren Arbeitsempfänger, der mehr krank ist und nicht mehr zu den gleichen Leistungen fähig ist wie jüngere aber mehr Erfahrung besitzt, sind weniger Lohnnebenkosten (mit Ausnahme der Krankenkassenbeiträge) zu entrichten. Somit wird er für den Arbeitgeber interessanter, weil er so die Erfahrung des Alters günstiger bekommt. Und gerade diese ist es, die ein Betrieb braucht.

11.25. Prozentuale Gewinnbeteiligung der Angestellten; z.B. 25% des Gewinns werden auf die Angestellten verteilt, wobei es für jeden weiteren Krankentag, der über 3 Tage pro Jahr liegt, Abzüge für den Betroffenen an dieser Gewinnausschüttung gibt.

11.26. Bonussystem für Verbesserungsvorschläge im Betrieb regt das innovative Denken an und führt zur Identifizierung mit dem Betrieb.

11.27. Leistung muss sich wieder lohnen. Dazu gehört auch die Gewähr eines Mindestlohns, damit Menschen nicht unter unwürdigen Bedingungen ausgebeutet werden. Die Entlohnung erfolgt nach Leistung.

11.28. Eine Begrenzung der Managergehälter ist moralisch fraglich und wirtschaftlich gefährlich, denn bereits ein unbedeutender Fernsehmoderator- oder Moderatorin verdienen bereits 500.000 € pro Jahr und mehr. Und was wäre dann mit den Fußballspielern, tragen die etwa mehr Verantwortung als ein Manager, der für mehrer Tausend Angestellte verantwortlich ist? Hier sollten sich eher Bonuszahlungen und Vergütungen nach dem tatsächlichen Erfolg richten, wobei im Erfolg auch der Erhalt der Belegschaft einbezogen werden muss. Nur können Entlassungen nicht um jeden Preis vermieden werden. Aber hier ist auch der Staat gefordert, der für Lohnnebenkostenentlastungen sorgen muss.

11.29. Abschaffung von so genannten Lohnnebenkosten. Dieses Versteckspiel muss aufhören. Der Arbeitnehmer soll ein Bruttogehalt bekommen, damit er sieht, was an den Staat für Sozialabgaben geleistet werden muss. Alle Abgaben sind also vom Arbeitnehmer zu entrichten. So weiß dieser wenigstens warum er sich aufregt und was seinen Arbeitsplatz so teuer macht.

12 Kapitel: Gesundheitswesen

Verflechtungen, Korruption und Betrug sind im Gesundheitswesen an der Tagesordnung. Über Jahrzehnte bauten sich Ärzte durch falsche Abrechnungen ein Haus nach dem anderen. Durch die selbst eingerichtete Kassenärztliche Vereinigung wurden solche Falschabrechnungen gut kaschiert, denn diese gaben an die Krankenkassen nicht die Einzelstätigkeiten weiter, sondern lediglich die Gesamtforderung. Flogen dann dennoch Ärzte wegen Abrechnungsbetrug auf, wurden die Prozesse meist nicht an die große Glocke gehangen. Nur wenn es einige Hundert oder Tausend gleichzeitig waren, konnte man darüber einige wenige Zeilen in der Presse lesen. Damit muss Schluss sein.

Auch werden als Gründe für unser praktiziertes Arzneimittelsystem immer die Medikamentensicherheit und der Schutz vor Missbrauch angegeben. Der Patient soll sich zuerst vom Arzt fachmännisch beraten lassen und erhält dann ein Rezept. Bis vor kurzem wurde dies über die Maßen strapaziert, zumal der Patient alle Medikamente von der Kasse bezahlt bekam. Doch dem Medikamentenmissbrauch wurde damit kein Einhalt geboten. Nach Einschätzungen von Prof. Gerd Glaeske leiden ca. 1,5 Millionen Deutsche unter Arzneimittelabhängigkeit. Jetzt, wo der Kunde einen Anteil an den Arzneikosten unmittelbar mittragen muss, steigt so manchem die Zornesröte ins Gesicht. Zumal neben der ärztlichen Konsultation, deren Gebühren plus den Rezeptkosten nun noch eine Medikamentenzahlung erforderlich ist.

Früher wurde geschickt vermieden, dem Patienten die tatsächlichen Abrechnungen und Kosten darzulegen. Zahlen musste er es allerdings, wenn auch über Umwege. So ist jeder durch die Krankenkassenbeiträge gezwungen, Misswirtschaft, falsche Abrechnungen und den Medikamentenmissbrauch anderer mitzutragen. Wer also glaubte, die Medikamente, die er im heimischen Medikamentenschrank hortete, seien kostenlos, der muss spätestens heute bitter erfahren, dass dem nicht so war. Allerdings ist es jetzt gerechter, wenn der Kranke für seine Medikamente selbst aufkommt und nicht der Gesunde für ihn mit. Dennoch ist unser Gesundheitssystem immer noch zu teuer und viel zu sehr auf einen hohen Umsatz und Verdienst von Pharmaindustrie, Ärzten und Apotheken bedacht.

So entfällt auf den Apothekeneinkaufspreis bei verschreibungspflichtigen Medikamenten eine Pauschale von 8,1 €, was billige Arzneien enorm verteuert, teure allerdings verbilligt. Im europäischen Ausland ist das besser geregelt. Nicht nur, dass der Arzt den Patienten besser aufklärt, so sind viele Medikamente, die in Deutschland rezeptpflichtig sind, lediglich apothekenpflichtig und damit ohne Konsultation beim Arzt, frei in Apotheken käuflich. Eigenartigerweise findet in den EU-Nachbarländern bei weitem nicht so ein Medikamentenmissbrauch statt, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Kann das an der Geheimnistuerei deutscher Mediziner liegen, die den Patienten für unmündig halten und ihn nicht genügend medizinisch aufklären? Das Preisgefälle zwischen Deutschland und anderen EU-Ländern führt mittlerweile so weit, dass manche Krankenkassen empfehlen, teure Medikamente im Ausland zu kaufen.

In Spanien kosten folgende Medikamente ohne Rezept, da nicht erforderlich, folgendes:

- 1 Packung mit 12 Tabletten Doxycyclin zu je 100 mg für 3,32 € die Packung. (in Deutschland verschreibungspflichtig; 10 Tabletten zu 10,7 €)
- 1 Packung mit 24 Kapseln Amoxicillin zu je 500 mg zum Preis von 3,43 € je Packung.

(in Deutschland verschreibungspflichtig; 20 Kapseln zu 15,30€)

- I Packung mit 20 Kapseln Metamizol zu je 500 mg zum Preis von 2,54 € die Packung. (in Deutschland verschreibungspflichtig; 20 Kapseln zu 11,16 €)
- I Packung Acetylsalicylsäure mit 20 Kapseln zu je 500 mg für 1,32 € die Packung (in Deutschland apothekenpflichtig; 20 Tabletten zu 2,30 €)
- I Packung mit 50 Tabletten Magnesiumlactat zu je 404 mg zum Preis von 4,48 € die Packung. (in Deutschland apothekenpflichtig; 100 Kapseln zu 90 mg für 7,80 €)
- ein apothekenpflichtiges Arzneimittel gegen Kopfschuppen kostet in Deutschland rund 14 Euro. In Spanien erhält man für den gleichen Preis zwei Packungen mit doppelt so viel Inhalt. In Deutschland ist das Produkt demnach um 400 % teurer.

Bei den genannten Präparaten handelt es sich wohlgernekt jeweils um den selben Pharmahersteller oder zumindest um einen Vergleichbaren. Es wurden immer Originalpräparate mit Originalpräparaten verglichen und Generika mit Generika.

Rechnet man zu den verschreibungspflichtigen Arzneien die Rezept- und Arztkosten hinzu (als Minimum 25 Euro), so muss der Bundesbürger bis zu 500 % mehr für seine Arzneien zahlen als der Eu- Bürger in Spanien, Frankreich, Italien oder Holland. Man muss allerdings hinzufügen, dass in Deutschland bei größeren Abpackungen sich der Preis nicht mehr wesentlich erhöht. Es trifft demnach nicht zu, dass z.B. beim Doxycyclin 20 Tabletten 21,40 € kosten, sondern lediglich 12,30 €. Der Kunde wird also animiert Großpackungen zu kaufen, was die Pharmaindustrie freut und die Vorratshaltung fördert. Wenn die Medikamente dann verfallen sind, werden sie einfach im Müll entsorgt und reichern unser Wasser mit Antibiotika und anderen Stoffen an.

Kein Wunder, dass immer mehr Resistenzen gegenüber Antibiotika entstehen und andererseits Internetapotheken wie Pilze aus dem Boden schießen. Eine Liberalisierung des Arzneimittelmarktes und bessere Aufklärung täten not. Wir können uns kein Gesundheitssystem leisten, in dem es nur um den Wohlstand von einzelnen Lobbys geht, wo eine Kassenärztliche Vereinigung, die aus Ärzten besteht, die Abrechnungen ihrer Kollegen überprüft und den Krankenkassen keinen Einblick gewährt.

In die Ausbildung für Rettungssanitäter und Rettungsassistenten wird zu wenig Geld gesteckt. Die Folgen sind mangelhafte Kenntnisse in einem durch und durch korrupten System, wo die wirklich Fleißigen nicht ausreichend entlohnt werden. Mit Hungerlöhnen werden Überstunden geschoben. Ehrenamtliche Mitarbeiter werden mit 1,5 € pro Stunde abgolten, während die Führungselite der einzelnen Rettungsorganisationen ordentlich hinlangt. Das alles geht auf Kosten der Verletzten und Kranken. Ein Sumpf, der endlich ausgetrocknet werden müsste. Die Gesundheit der Bürger sollte es dem Staat wert sein hier für eine hervorragende Ausbildung und eine gute Entlohnung zu sorgen und nicht nur der obersten Schicht.

Pflegebedürftige Personen müssen in unserer „humanen“ Gesellschaft im Pflegeheim versorgt werden, denn dieses wird voll bezahlt, während die Versorgung in der Familie mit geringen Beiträgen von gerade einmal 600 € abgolten werden. Wer also ein pflegebedürftiges Elternteil nicht weggeben will, sondern in familiärer Umgebung pflegen möchte wird bestraft. Ihm bleibt aus finanzieller Not oft nichts anderes übrig, als die geliebten Personen

abzuschieben, in ein unpersönliches Heim, zu Menschen, die oft nicht einmal Deutsch sprechen können.

Die hohen Krankenkassenbeiträge sind für junge Selbständige wirtschaftsfeindlich. Wie soll ein junger Mensch, der sich selbständig machen möchte, bereits zu Beginn 300 € Krankenkasse im Monat zahlen können. Derart hohe Grundbeiträge machen es vielen unmöglich in die Selbständigkeit zu wechseln. Nur wenn er weniger als 400 € und maximal 12 bis 14 Stunden pro Woche arbeitet, wird der Beitrag auf 140 € gesenkt. Welcher Firmengründer kommt aber gerade am Anfang mit weniger als 14 Wochenarbeitsstunden aus. Geht man davon aus, dass er ein Ladengeschäft eröffnet, dann muss er dort zwar jeden Tag 8 Stunden seine Zeit absitzen, hat aber damit noch keine Kundschaft. Auch fällt gerade zu Beginn einer selbständigen Arbeit viel Zeit für Werbungstätigkeiten an, was sich auch noch nicht gleich in bare Münze umsetzt. Wie sollen hier 300 € erwirtschaftet werden???

Lösungsvorschläge zu Kapitel 12

12.1. Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigung, zwecks besserer Überprüfbarkeit und Verhinderung falscher Abrechnungen.

12.2. Liberalisierung des Arzneimittelverkehrs, so wie in anderen EU-Ländern. Im Ausland gibt es weniger Medikamentenmißbrauch als in Deutschland, trotz weit liberalerer Gesetzgebung. Unsere Gesetze dienen nur vordergründig dem Schutze des Individuums. Diese Gesetze schützen einzig und allein die Einkommen der Apotheker und Ärzte.

12.2. Tätigkeitsnachweise der Ärzte, die an die Patienten ausgehändigt werden, um falschen Abrechnungen Einhalt zu gebieten.

12.4. Bessere Bezahlung für Krankenhausärzte und Rettungspersonal.

12.5. Bessere Ausbildung für Rettungssanitäter und Rettungsassistenten

12.6. Maximale Arbeitszeiten für Klinik- und Rettungsärzte, denn übernachtigte Mediziner machen eher Fehler als ausgeruhte.

12.7. Kein Hausarztmodell, weil hier am Patienten zu lange "rumgedoktert" wird. Wer Ohrenschmerzen hat, weiß selbst, dass dafür ein Hals-Nasen-Ohrenarzt zuständig ist. Das Hausarztmodell verteuert nur die Kosten.

12.8. Wer gesund lebt und die Kassen wenig strapaziert, sollte ähnlich wie bei den Autoversicherungen in Rabattgruppen eingeteilt werden.

12.9. Bessere Ausbildung und bessere Entlohnung der Rettungsdienste, vor allem derjenigen, die täglich an der Front ihr Bestes tun. Eine scharfe Durchleuchtung der Hierarchien in den Rettungsdiensten ist ebenso dringend notwendig, wie die Offenlegung des Geldflusses. Dies geht jeden Bürger etwas an. Und da ein öffentliches Interesse besteht müssen Roß und Reiter genannt werden.

12.10. Wenn pflegebedürftige Personen zuhause behütet werden, müssen diese finanziell besser unterstützt werden. Denn oberstes Gebot muss das Wohlbefinden und eine humane Behandlung des Patienten sein. Doch diese ist nur im eigenen Heim, in der Familie menschenwürdig.

12.11. Wer bewusst seine Gesundheit durch Zigaretten oder Alkohol schädigt, der soll dafür vermehrt in die Haftung genommen werden und das durch einen erhöhten Produktpreis. Dieser Aufschlag fließt direkt in einen speziellen Fond, der für Lungenerkrankungen und Folgen von Alkoholmissbrauch fließt. Das Geld wird aber nicht unbesehen den Krankenkassen zur Verfügung gestellt, weil diese dann damit sicherlich andere Investitionen tätigen würden, sei es höhere Gehälter auszuzahlen oder neue Prunkbauten zu errichten. So werden die Krankenkassen entlastet und können vom Staat gezwungen werden, die Beiträge zu senken.

12.12. Senkung der Krankenkassenbeiträge für Selbständige mit einem monatlichen Einkommen unter 1000 € auf maximal 60 €.

12.13. Abschaffung der über 300 Krankenkassen zugunsten einer öffentlichen, die aber ihr Monopol nicht zugunsten hoher Preise ausnutzen darf. So entfallen die hohen Gehälter für die einzelnen Vorstände und unnötiger Angestellter. Auch hier muss ständig Rechenschaft über leistungsorientierte Entlohnung und sparsame Wirtschaftung abgelegt werden. Bei Missachtung erfolgen scharfe Maßnahmen. Der Beitrag zu den Krankenkassen muss europäisch einheitlich angepasst werden.

12.14. Die Praxisgebühr soll beibehalten werden, damit man nicht bei jedem Wehwehchen gleich zum Arzt rennt. Vor allem hält das notorisch Kranke davon ab nur die Kassen zu belasten, um Zuwendung zu bekommen. Wer wirklich krank ist zahlt gerne 10 €.

12.15. keine unnötigen Doppelt-Überweisungen von selbständigem Arzt zum Krankenhaus.

13. Kapitel: Der Staat

Der aufgeblähte Staat wird immer mehr zu einer nicht finanzierbaren Last. Außerdem ist es ungerecht, wenn Beamte, die in ihrem Leben nie etwas für den Mehrwert geschaffen haben, die nie um ihren Arbeitsplatz haben bangen müssen, auch noch eine dicke Pension bekommen. Mit welchem Recht werden Beamte derart bevorzugt. Sie opfern sich sicherlich nicht auf. Überstunden kennen sie kaum. Und wenn, werden diese entsprechend abgegolten ganz im Gegensatz zu Angestellten, die ihre Überstunden oft nicht entschädigt bekommen oder nur zu einem geringen Anteil. Vor einer Mindestlohndebatte brauchen sie sich nicht zu fürchten. Aber mitreden wollen sie und diesen Mindestlohn nicht beamteten Berufssparten vorenthalten.

Verständlich wenn Berufsanfänger die Beamtenlaufbahn anstreben, um möglichst bald unkündbar zu sein. Ob man krank ist oder Misswirtschaft betreibt, man bleibt im Amt. Nur in ganz seltenen Ausnahmen, bei groben strafrechtlichen Vergehen werden sie entlassen. Ähnliches gilt für Angehörige des Bundestages oder Bundesrates. Wenn $\frac{3}{4}$ der Bundestagsabgeordneten aus Beamten bestehen dürfte jedem klar sein, dass von denen wohl kaum Entscheidungen getroffen werden, die gegen ihre Lobby, gegen ihre Vorteile sind. Sie werden immer Möglichkeiten suchen, wie sie ihre Pfründe sichern können. Und dazu gehören viele Beamte, die durch ihre Stimmkraft diese Ziele unterstützen können. Wie können Beamte darüber entscheiden, was einer Marktwirtschaft gut tut ohne je selbstverantwortlich daran mitgewirkt zu haben?

Die Haltung der Staatsdiener allen voran die Politiker und nicht zuletzt der Ex-Bundespräsident Wulff haben es gezeigt, wie man sich Pfründe sichert. Hat Wulff nicht gezeigt wie man es vorbildlich macht? Ein Buch schreiben mit dem Titel „Besser die Wahrheit“ und selbst von der Wahrheit nicht viel hält. Mit seiner Art Geschenke anzunehmen fordert er ja geradezu heraus es nachzumachen. Wer sich bisher noch geschämt hat, Steuern nicht richtig angegeben zu haben, der wird dies nun sicherlich nicht mehr tun.

Lösungsvorschläge für Kapitel 13:

13.1. Das Beamtentum wird in ein leistungsorientiertes Angestelltenverhältnis umgewandelt.

13.2. Lehrer sind auch nicht mehr beamtet, sondern werden angestellt und nach Leistung entlohnt. Ihre Ferien sind den Urlaubstagen eines Angestellten gleichgestellt. In den Ferien, die diese Urlaubstage bereits überschreiten, haben sie sich zu Seminaren, Workshops und Kolloquien zu melden. Natürlich wird ihnen zugestanden sich in den Ferien auf den zukünftigen Unterricht vorzubereiten. Dies erfolgt allerdings in der Schule in Meetings mit der gesamten Lehrerschaft, wo nach Verbesserungen gerungen wird. In dieser Zeit bieten Lehrer schlechteren Schülern an, in der Schule Nachhilfeunterricht zu erhalten, und zwar in kleinen Gruppen.

13.3. Lehrer dürfen keiner weiteren Beschäftigung nachgehen, wie z.B. als Bürgermeister kandidieren. Die Lehrer sind ausschließlich für die Kinder da.

13.2. Solange es noch Beamte gibt, darf deren Anteil im Bundesrat 10 Prozent nicht überschreiten. Dies gilt dann auch für die späteren Angestellten der Ämter.

13.3. Die Polizei muss gemäß ihrer teils gefährlichen Einsätze besser entlohnt werden. Das gilt nicht für Büroangestellte bei der Polizei.

13.4. Angehörige des Bundestages oder des Bundesrates können bei Fehlverhalten, aufgrund der Volksmeinung umgehend freigestellt werden.

Die Amtszeit der Angestellten (jetzt noch Beamten) in den Ministerien beträgt vier Jahre. Danach müssen sich alle erneut einer Wahl durch das Volk stellen. Wer seine Arbeit gut gemacht hat braucht nicht zu befürchten, dass er nicht mehr gewählt wird.

13.5. Korruption muss härter bestraft werden.

13.6. Die Immunität von Regierungsangehörigen muss aufgehoben werden.

13.7. Installierung eines Chefanklägers, der bei Steuergeldverschwendung aktiv wird.

13.8. Förderung des Volksentscheides

13.9. Beamte, die dem Ansehen des Deutschen Staates schaden, dürfen nicht noch belohnt werden, sondern müssen mit Entzug ihrer Pension und anderer Privilegien rechnen.

13.10 Beamte müssen haftbar gemacht werden für ihre Fehler, wie jeder andere auch, ob es sich um Misswirtschaft, Verschwendung, Vorteilsnahme, Begünstigung, falsche Anschuldigung o.a. handelt.

14. Kapitel: Europa

Wir brauchen ein starkes und vereintes Europa, mit weniger Bürokratie und einheitlichen Regelungen. Nur so können wir ein Gegenpol zu den USA und China bilden. Mir scheint, dass genau davor der Amerikaner Angst hat und keine Chance auslässt, das Vorangehen dieser europäischen Entwicklung zu behindern. Nur so lassen sich die uneinsichtigen Äußerungen einiger europäischer Politiker erklären. Sie verkaufen Europa an die Amerikaner. Wenn sich Europa auf sich selbst besinnen würde und den innereuropäischen Handel, wären wir ein unschlagbares Team. Dies funktioniert allerdings nicht, wenn wir ständig Kranke mit ins Boot nehmen, die uns mit ihrer finanziellen Schwindsucht anstecken. Nur eine gesunde Struktur hält derartige Angriffe aus, aber nicht eine bereits kränkelnde Konstitution.

Das so von den Amerikanern belächelte „Alte Europa“ ist immer noch ein Idol für viele amerikanische und asiatische Länder, nicht mehr so stark in wirtschaftlicher Hinsicht, als doch in geschichtlicher. Der Amerikaner lechzt nach Geschichte, nach einer Vergangenheit, auf die er sich berufen kann. Er ist immer auf der Suche nach einer historischen Identität, die er nicht finden kann. Um so lieber neigt er dazu, uns Europäer zu belächeln, denn was ist einfacher, als aus Eigenfrustration den, der das hat, was man selbst gerne hätte, ins Lächerliche zu ziehen? Auch sieht sich der Nordamerikaner gerne als Nabel der Welt, als Moral- und Sittenbeauftragter, der jedes Streitigmachen dieser selbst erdachten Führungsrolle grundsätzlich und rigoros ablehnt. Um so schlimmer, wenn die finanzielle Grundlage dieser Machtposition am Wanken ist. Europa darf nach deren Meinung nicht wachsen, darf nicht zu einer wirtschaftlichen Bedrohung der USA werden, was es aber als vereintes Europa unweigerlich wäre. An zweiter Front schiebt sich China unaufhaltsam in die vorderste Handelsfront, wenn auch noch mit einer hohen Achtung vor dem Wirtschaftsland Deutschland. Doch was bleibt von Deutschland und Europa, wenn nahezu alle Waren billiger aus der Volksrepublik kommen? Während wir uns um Kleinigkeiten streiten und bürokratische Hemmnisse aufbauen, lachen sich die Machthaber am Gelben Fluss in die Fäuste. Nicht nur, dass sie uns schon längst am Unterwandern sind (siehe oben), auch wird es nicht mehr lange dauern, bis wir in Ihre Abhängigkeit geraten, wie in ein großes gelbes Spinnennetz. Globalisierung ist wichtig, doch sollte sie erst mal in Europa beginnen. Vereint sind wir stark, wenn wir wollen unschlagbar. Doch einige scheinen dies nicht zu wollen.

Es kommt mir so vor, als entzöge man allen Steuerzahlern in der EU einen Obolus, der dann über EU-Subventionen an reiche Grundbesitzer und Firmen verteilt wird. Eine tolle Masche, wie sich die Reichen am Geld des Kleinen Mannes zusätzlich bereichern können.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM, umgangssprachlich „Eurorettungsschirm“) soll ab Mitte 2012 die finanzielle und damit auch wirtschaftliche Stabilität der Eurozone sichern und Staatspleiten verhindern. Hierzu müssen die einzelnen EU-Länder Bürgschaften erteilen. Im Endeffekt stellt der Rettungsschirm nur einen finanziellen Rückhalt für Fehlmanagement, Korruption, Spekulationen und Betrug dar, für die die Bürger der EU-Länder mit ihren Steuerabgaben bluten müssen.

Durch die Immunitätsklauseln verliert jedes Land jegliche Möglichkeit der Intervention, es kann nicht einmal gerichtlich gegen Misswirtschaft oder Missbrauch vorgehen.

Auszug:

Ziffer 1: Um dem ESM die Erfüllung seines Zwecks zu ermöglichen, werden ihm im Hoheitsgebiet jeden ESM-Mitglieds die Rechtsstellung, Immunitäten und Vorrechte gewährt, die in diesem Artikel festgelegt sind:

Ziffer 2: Der ESM...verfügt über volle Rechts- und Geschäftsfähigkeit für den Erwerb und die Veräußerung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, den Abschluss von Verträgen, das Anstrengen von Gerichtsverfahren.

Ziffer 3: Der ESM, sein Eigentum, seine Finanzmittel und Vermögenswerte genießen unabhängig von ihrem Standort und Besitzer umfassende gerichtliche Immunität ... jedoch nicht, soweit der ESM ... ausdrücklich auf seine Immunität verzichtet.

Ziffer 4: Das Eigentum, die Finanzmittel und Vermögenswerte des ESM sind unabhängig davon, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, von Zugriff durch Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jede andere Form der Inbesitznahme, Wegnahme oder Zwangsvollstreckung durch Regierungshandeln oder auf dem Gerichts-, Verwaltungs- oder Gesetzeswege befreit.

Ziffer 5: Die Archive des ESM und alle ihm gehörenden oder in seinem Besitz befindlichen Dokumente im Allgemeinen sind unverletzlich.

Ziffer 6: Die Räumlichkeiten des ESM sind unverletzlich.

Artikel 30: Immunität von Personen

Ziffer 1: Die Gouverneursratsmitglieder, Direktoren und Stellvertreter und das Personal genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer ... Handlungen und Unverletzlichkeit ihrer amtlichen Schriftstücke...

Dieser Vertragsentwurf ist ein Freibrief für Betrug und ein Angriff auf unsere Freiheit, der wir nichts entgegenzusetzen haben. Der Bürger kann nicht einmal vor dem Europäischen Gerichtshof klagen. Und ob es bei den 700 Milliarden bleibt ist mehr als fraglich, wo doch Italien bereits mehr als eine Billion als Grundkapital fordert.

Lösungsvorschläge zu Kapitel 14:

14.1. Keinen zusätzlichen Bürokratieapparat aufbauen, sondern Amtshemmnisse schnellstens abbauen. Europa braucht keine lähmende Kontrolle der Kontrolle, um zu kontrollieren, ob die Kontrolleure richtig kontrolliert werden.

14.2. Sofortige fristgemäße Umsetzung der EU-Richtlinien. Zu viele Länder ziehen das absichtlich in die Länge und müssen dafür bestraft werden.

14.3. Einheitliche Steuergesetzgebung

14.4. Mehr Transparenz für den Bürger. Für den EU-Bürger scheint sich das Europaparlament zu verselbständigen und auch vom Boden der Realität abzuheben.

14.5. Einrichtung einer Europol und Datenbanken über Kapitalverbrecher und Bandenkriminalität.

14.6. Keine neuen EU-Länder aufnehmen, die die Menschenrechte nicht achten oder deren Kassen hoffnungslos leer sind.

14.7. Abschaffung der EU-Subventionen, mit Ausnahme landschaftspflegender Maßnahmen in benachteiligten Gebieten, da diese sonst keiner wahrnehmen würde.

14.8. EU-weite Lösungen, wie Energie, Ernährung, Umwelt und viele andere müssen schnellstens umgesetzt werden.

14.8. Verbindliches Europagesetz, das es nicht erlaubt mit Staaten Geschäfte zu tätigen, die gegen die Menschenrechte verstoßen.

14.9. Höhere Importzölle aus nicht EU- Ländern.

14.10. Einschränkung unkontrollierter Zuwanderung und von sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen.

14.11. Änderung des Vertragsentwurfes zur besseren Kontrolle des ESM sowie die Möglichkeit einer Haftbarmachung der Verantwortlichen.

15. Energiepolitik

Es wird immer mehr Strom verbraucht und für dessen Herstellung Energielieferanten benötigt. Mit Kohlekraftwerken verpesten wir die Luft und verbrauchen fossile Bodenschätze ebenso wie beim Erdöl.

Die Atomlobby und ihre Anhänger behaupten unverfroren Energie durch Atomkraft sei die günstigste. Wie kann das sein, wenn alle Folgeschäden, einschließlich dem Entsorgungsproblem, vom Steuerzahler beglichen werden. Der riesige Aufwand an Subventionen wird auch nicht mit einbezogen. Was würden wir sagen, wenn uns die alten Ägypter Atommüll hinterlassen und wir nun die Folgen zu tragen hätten. Es ist doch unverantwortlich, unseren Nachfolgenerationen einen Müll zu vererben, der noch in 100.000 Jahren giftig ist. Würde sich ein Versicherungsunternehmen finden lassen, das ein Atomkraftwerk versichert? Nein! Aber wir, die Steuerzahler müssen dafür geradestehen.

Es ist unbestritten, dass zum heutigen Standpunkt wir nicht umgehend alle Atomkraftwerke stilllegen können. Es macht auch keinen Sinn in Deutschland die Mailer abzustellen, während sie im europäischen Ausland wachsen und gedeihen und wir gezwungen sind dann dort den Strom einzukaufen.

Lösungsvorschläge zu Kapitel 15.

15.1. Das erste Gebot heißt: Energie sparen.

Dies kann erreicht werden durch:

- Energiesparlampen, so sie nicht giftig sind
- effizientere Motoren beim Auto oder als Blockheizkraftwerk
- keine ‚stand by‘ Schaltung an Elektrogeräten
- Energie sparende Haushalts- und andere Elektrogeräte
- unnötige Beleuchtungen vermeiden
- in vielen Bereichen sind Elektrogeräte, wie Elektromesser, Elektrokorkenzieher energiefressender Luxus
- Entwicklung besserer Akkus. Die Bereitstellung von Lithium scheint auch stark begrenzt zu sein
- Tempolimit auf Autobahnen

15.2. Ausbau der Förderung für alternative Energien, wobei diese aber umweltfreundlich sein müssen. Das heißt, Biogasanlagen sind stark zu begrenzen, denn die heranwachsenden Industriebetriebe zerstören mehr als dass sie bringen. Das Wort „Bio“ ist bei den Großanlagen vollkommen falsch und irreführend.

Wenn Bauern Anlagen genehmigt bekommen, die die eigene Bodenfläche weit übersteigen ist dies ein ökologischer Unsinn. In Norddeutschland fahren die PS-starken Schlepper und Laster bis über Hundert Kilometer weit, um die Biomasse heranzubringen. Es entstehen Monokulturen, die zum besseren Ertrag genmanipulierte Maissorten geradezu verlangen. Die Böden werden mit den schweren Geräten zu stark verdichtet und die Güllerückstände beinhalten kaum noch humusfördernde Strukturteilchen. Dafür enthalten sie massenweise Krankheitserreger, nämlich Clostridien. Biogasanlagen sind tickende Zeitbomben, in denen sich unter Luftabschluss anaerobe Keime wie diese Clostridien explosionsartig vermehren, die dann wenn sie über Mais oder Heu den Tieren zugeführt werden, zu schweren Krankheiten führen können.

Biokraftstoffe sind auch zu begrenzen, denn auch hier ist der Name Bio eine Farce, denn für deren Erzeugung werden Urwälder, die man den Ureinwohnern stiehlt gerodet. Entweder

vertreibt man die Indianer oder man tötet sie einfach. Gleiches geschieht mit der Tierwelt. Nach der Rodung kommen die Rinderbarone, denen dann die Maisbarone folgen. Alles biologisch natürlich.

Die Nutzung der Erdwärme ist da sicherlich auch der falsche Weg, denn ab einer bisher nicht zu definierenden Menge würden unsere oberen Bodenschichten auskühlen. Eventuell gäbe es hier Möglichkeiten für tropische Länder oder Wüstengebiete.

15.3. Es muss mehr Geld in die Forschung für alternative Energien gesteckt werden.

15.4. Förderung der Photovoltaikanlagen.

15.5. Förderung und Züchtung von rasch nachwachsenden Holzarten für Stückholzheizungen.

16. Bundeswehr

Laut Grundgesetz ist die Bundeswehr eine Armee, die lediglich zur Verteidigung Deutschlands eingesetzt werden dürfte. Demnach hätte sie oberflächlich betrachtet nichts im Ausland zu suchen. Wir können uns aber nicht einem globalisierten Terrorismus entziehen, der in betroffenen Ländern mit Angst und Schrecken herrscht, die Menschenrechte missachtet und wahllos Menschen tötet und seine Folgen auch in unser Land weht.

Man kann nun stur sein und das Grundgesetz einfordern, aber unsere internationale Aufgabe im Kampf gegen Terrorismus und für Humanität bleibt. Es werden immer wieder fanatische Menschen wie Hitler, Saddam Hussein, Osama bin Laden oder Idi Amin geboren, die eiskalt über Leichen gehen um ihre eigenen Interessen durchzusetzen und ihren Größenwahn zu befriedigen. Solange es Menschen gibt, wird sich das nicht ändern.

Die Diskussion, ob wir eine Armee ganz abschaffen könnten, erübrigt sich dadurch. Wir können die Auswüchse machtbesessener Monarchen oder Militärdiktaturen nur eindämmen, wenn die humane Welt präsent ist, Flagge heißt und Taten folgen lässt und sich nicht hinter wirtschaftlichen Interessen verbirgt, wie 2012 in Syrien, wo Russland und China mit ihrem Veto Beschlüsse der UN-Vollversammlung zum Schutz der Bevölkerung lähmen.

Notfalls muss eben das Grundgesetz geändert werden, aber wir können nicht tatenlos zusehen, wie Frauen unterdrückt und gesteinigt, wie Regimegegner ohne Prozess gefoltert und ins Gefängnis gesteckt werden, wie Menschen der Willkür von Irren ausgesetzt sind.

Wer glaubt, dies ginge uns nichts an, der wird die Folgen bald vor der eigenen Haustür zu spüren bekommen. Schauen wir doch um uns, ist es nicht schon so weit? Die unterbezahlte und ungeliebte Polizei wird den vielen Verbrechen kaum noch Herr, die Gefängnisse sind überfüllt und die Urteile vermeiden deswegen Haftstrafen.

Verteidigen heißt für das Wohl und Wehe von Menschen einzutreten und dies zu schützen. Wenn die Ideale, wie die Menschenrechte bedroht sind, erfolgt auf die Grundrechte des Menschen ein Angriff, der sehr wohl vom Militär abgewendet werden könnte, wenn die Polizei damit nicht alleine und zufriedenstellend fertig wird. Ein inländischer Einsatz der Bundeswehr sollte also in derartigen Notfällen genehmigt werden. Dahingehend müssen die Notstandsgesetze überprüft werden.